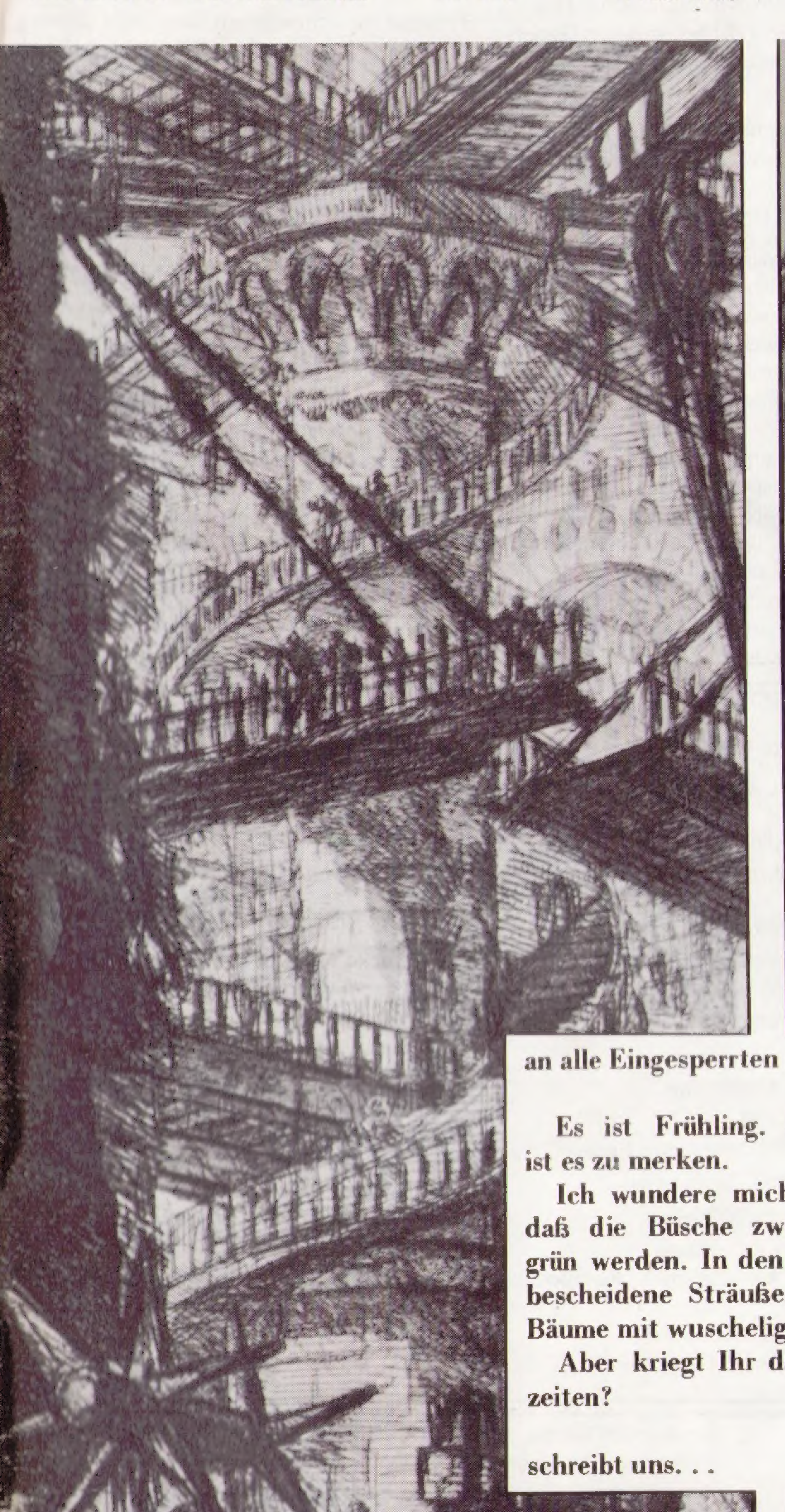
# Informations-Dienst iD
## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 333 9. Mai 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 C




an alle Eingesperrten

Es ist Frühling. Selbst im häßlichen Frankfurt ist es zu merken.

Ich wundere mich eigentlich jedes Jahr darüber, daß die Büsche zwischen den Autospuren wieder grün werden. In den Vorgärten der Stadtteile blühen bescheidene Sträuße, und am Mainufer sogar dicke Bäume mit wuscheligen Kronen.

Aber kriegt Ihr das mit, den Wechsel der Jahreszeiten?

schreibt uns. . .

# kurze

## NEUSSER STADTBLATT

In Neuss gibt es nun auch ein Stadtblatt. Wer Interesse hat, kann sich an folgende Kontaktadresse wenden:
**Neusser Stadtblatt c/o Petra Nöhse, Kiefernstr. 11, 4040 Neuss 22**

## AKTIONSTAG IN HAMM AM 31. MAI 1980

Münster
5. Mai

**Dringend Techniker gesucht!**

*Die Bürgerinitiativen, die zu Hamm-Uentrop arbeiten, wollen in der kommenden Zeit versuchen, gegen den im Bau befindlichen Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) auf juristischem Wege vorzugehen.*

*Dies ist natürlich nicht besonders einfach, weil z.B. dieser Prototyp der Hochtemperaturreaktoren bei den Politikern und Betreibern immer mehr ins Gespräch kommt und vielleicht schon ihr atomares Lieblingskind ist. Das heißt, man hofft, diese neue Reaktorlinie, die sehr hohe Temperaturen erzeugt, für die Kohlevergasung und -verflüssigung einsetzen zu können. Und genau diese Pläne scheinen sich demnächst in Hamm zu verwirklichen. So will die VEW in allernächster Nähe zum THTR eine Kohlevergasungs und -veredelungsanlage bauen. Vielleicht wird dann der geplante zweite Hochtemperaturreaktor in Unetrop hierzu eingesetzt.*

Der Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Uentrop ist deshalb auch immer zugleich ein Widerstand gegen die gesamte Reaktorlinie. Trotzdem scheint es nicht ungünstig zu sein, juristisch die Inbetriebnahme des Hammer Atomkraftwerk zu stoppen. Denn nach 10 Jahren Bauzeit weist der Atomreaktorbau erhebliche Abweichungen von der früheren Projektbeschreibung im Genehmigungsverfahren 1970/71 auf, welche durch zwischenzeitliche Maßnahmen (z.B. die zusätzliche Errichtung einer Decke gegen einen Flugzeugabsturz) entstanden sind. Soch eine Klage bezüglich der Konzeptänderung wäre nur einer der möglichen juristischen Schritte.

Nachdem zwei Juristen aus den beteiligten Bürgerinitiativen jetzt im März über das Öko-Institut in Freiburg die atomrechtlichen Fragen geklärt haben, könnte eigentlich zur Tat geschritten werden.

Was oder Wer aber noch fehlt und dringend gebraucht wird, sind Techniker, Physiker oder sonst jede/r der bereit ist, sich für längere Zeit intensiv in technischer Hinsicht mit dem THTR bzw. mit den Genehmigungsunterlagen zu beschäftigen.

**Kontakt über: Hans Bröskamp, Uppenbergstr. 16, Münster, Tel. 27 25 09**

### HAMMER AKTIONSTAG AM 31.MAI80

An dieser Stelle wird auf den Aktionstag am 31. Mai in Hamm hingewiesen. Bei gutem Wetter wird von der Kreuzviertelgruppe per Fahrrad nach Gamm gefahren und damit auch im Umland der Protest gegen die Atomkraftwerke in Hamm verbreitet. Ansonsten beginnt in Hamm der Aktionstag morgens mit einem bunten Aktions- und Informationsprogramm in der Fußgängerzone. Danach gibt's eine Demonstration mit abschließender Kundgebung. Als einer der Redner soll Klaus Traube sprechen. Am Spätnachmittag und am Abend beginnt dann ein Kulturprogramm mit Filmen, Diskussion usw. Zur Zeit bemüht man sich noch um Walter Mossmann.

aus Grünem Blatt, Münster

## 1 JAHR DAMMBESETZUNG
## viele Gründe zum Feiern

**Donnerstag 8.5. 19.30 Uhr**
Informationsabend am Damm mit Vertretern örtlicher Bürgerinitiativen, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und Dammbesetzern

**Freitag, 9.5. ab 14.00 Uhr**
Kinderspielnachmittag
„Ziegen hüten, Holzsammeln, Feuermachen Hütten bauen usw."

**ab 20.00 Uhr**
Musikkonzert im Rundhaus
mit der berühmt-berüchtigten „Kombo"
Lutz (Mandoline)
Straßen- und Dammmusikanten
Olaf von Gonnissen (Gitarre)

**Samstag, 10.5.**
Überdimensionales Fest
15.00 Uhr „Linksradikales Blasorchester"
anschließend Theater:
Schlicksupptheatergrupp

Schlicksupptheatertrupp (ehem. TATler)
Musik: ehem. „Schneidhainer Jazzensemble" spielt unter dem Motto:
Freiheit für Schneidhain, weg mit Farblos
„Tonmeise" „Roter Stern Hofheim Abt. Musik"
„Bundschuh" und vielen weiteren Künstlern

**Sonntag, 11.5.**
**DAS FEST GEHT WEITER**

## EINE SCHWULE LUSTBARKEIT

gibts in Bielefeld vom 14. bis 18. Mai. Am Mittwoch um 19 Uhr ist im neuen Schwulenzentrum das erste Treffen der Eintrudelnden. Donnerstag gibts ein gemeinsames Frühstück, dann frei für alles, und abends ab 18 Uhr spielen die Maintöchter aus Frankfurt „Die Wildnis der Doris Day". Freitag nach dem gemeinsamen Frühstück wieder frei für alles, und abends findet eine Versammlung des Arbeiterjugendzentrums statt. Am Samstag lockt das rätselhafte "Schwule Stadtgeländespiel" und abends die große Einweihungsfete, bei der unter anderem die Gruppe "Schwul 8 / 15" ihre "Begegnung der dritten Art oder Ich bin von Kopf bis Fuß auf Mitleid eingestellt" spielt. Der Sonntag bietet ein Picnic auf der Ochsenheide.

Schlafsäcke und Luftmatrazen sollen mitgebracht werden. Fehlen nur noch die Kontaktadressen:
**Schwulenzentrum, Heeperstr.132 (Arbeiterjugendzentrum); Naturspeiseladen Löwenzahn, Heeperstr.84, Tel. 0521 / 178069; Wohngemeinschaft Niederfeldstr.5, Tel. 0521 / 871578; Wohngemeinschaft Gerichtstr.15, Tel. 0521 / 68717; Pedro Sobisch, August-Bebel-Str. 62, Tel 0521 / 178632; und schließlich die Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB) c/o Asta Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1.**

---

**Pressedienst für Zentralamerika (Amlat) gegründet**

"Wir arbeiten an einem Projekt der Verbesserung der Informationen, die in deutschen und deutschsprachigen Zeitungen über Zentralamerika und die Karibik existieren.
Wir wollen an Ort und Stelle Informationen aufnehmen, die in den deutschen Zeitungen praktisch nie erscheinen: die Vorstellungen der Befreiungsbewegungen, der Guerilla, der Massen in ihrem alltäglichen Kampf gegen die Repression.
Der Bereich, in dem wir arbeiten wollen, reicht von Mexiko bis Kolumbien.
Wir werden die aus zentralamerikanischen Pressediensten, Zeitungen usw. übersetzten Berichte und Nachrichten zusammenfassen, bearbeiten und einmal die Woche nach Deutschland schicken. Dazu brauchen wir in Deutschland noch Kontakte, vor allem auch finanzielle Unterstützung.
Unsere Arbeit schließt eigene Recherchen mit ein.

Zeitungen und Komitees, die unsere Arbeit verwerten und unterstützen wollen, sollen sich über den ID mit uns in Verbindung setzen.
AMLAT c/o ID, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

## INDUSTRIE – RUNDBRIEF

Hamburg 6.Mai'80 Der "Industrie-Rundbrief" ist keineswegs - wie der Name vermuten läßt - ein Unternehmerblättchen, sondern soll ein Informations- und Diskussionsblatt von und für basisorientierte Kollegen und Genossen sein.
Bisher sind 2 Ausgaben erschienen. Der "Industrie-Rundbrief" erscheint monatlich. Er ist für 6 DM (1/2 Jahr) oder 12 DM (1 Jahr) im Abonnement zu beziehen. Postscheckkonto Hamburg Konto-Nr. 424088 - 203 (Peter Teichert).
**Kontakt: Peter Teichert, Lastropweg 15, 2000 Hamburg 19**

Elmshorn
30. April

## KRÜCKAUFEST IN ELMSHORN

*Die Umweltzerstörung im Unterelbebereich schreitet zügig voran. Industriegiganten, zuasphaltierte Landschaft und menschenfeindliche Städte sind nur die äußerlich sichtbaren Zeichen einer Lebensweise, die sich schließlich ihrer eigenen Grundlage beraubt – der Natur.*

Um auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen und um auf Alternativen darzustellen, lädt die „Bürgerinitiative Umweltschutz" (BUU) zu einem großen Krückaufest ein (die Krückau ist einer der am stärksten verschmutzten Flüsse in der BRD/ID).

Auf dem Fest sollen Initiativgruppen und einzelne die Möglichkeit haben, ihre Arbeit darzustellen.

Das Fest beginnt um 14 Uhr auf dem Elmshorner „Buttermarkt" mit einem bunten Durcheinander von Infoständen, Straßentheater, Straßenmusik und Aktionsspielen.

Biologisch reine Nahrungsmittel werden angeboten und die Herstellung erklärt. Eine biologisch geführter Bauernhof kann besichtigt werden.

Am Abend geht's dann im Festzelt mit Musik, Theater und Tanz weiter – bis in die späte Nacht ......

## KOMMT – STAUNT UND MACHT MIT

**Kontakt über: Michael Plate 04121/94428**
**Achim Heinrich /3883**

## GLH – WIE WEITER?

Marburg April'80 Um die GLH (Grüne Liste Hessen) ist es still geworden. 1978 kandidierte sie bei den Landtagswahlen. Im grünen Parteienclinch zwischen GLA,GLB,GLC,GLD... ...GLH...GLU,GLW,GLX,GLY,GLZ nutzte sie sich zum Teil ab. Es gibt sie aber noch, in einigen Kreisverbänden ist sie zur Partei 'Die Grünen' übergewechselt.
In Marburg fand jetzt die letzte Mitgliederversammlung statt.
Der Trend für die Bunten/Alternativen geht auch in Hessen weg von autonomer Organisation in der GLH hin zur Mitarbeit bei den 'Grünen'. Beleg dafür war die Mitgliederversammlung jetzt in Marburg. Nur noch rund 30 Mitglieder aus 6 Kreisverbänden versuchten die Rolle derGLH als Landespartei und das Verhältnis zu den 'Grünen' zu klären und wählten schließlich einen neuen Koordinationsausschuß.
Als Landesverband wird die GLH in Zukunft nur noch in Einzelfällen in Erscheinung treten (z.B. bei Rock gegen Rechts und als Diskussionspartner der anderen Bunten/Alternativen). Die Arbeit wird darum in den Kreisverbänden stattfinden. Schwerpunkte werden dabei Bündnisse zur Kommunalwahl im Frühjahr'81, Protestaktionen gegen Umweltskandale und eine Gefangenenkampagne sein.
Das Verhältnis zu den Grünen ist ambivalent. Neben Stimmen in Richtung Wahlboykott bei den Bundestagswahlen überwogen die Stimmen auf Unterstützung der Grünen bzw. der kritischen Solidarität.
Der neugewählte Koordinationsausschuß umfaßt jetzt 3 Mitglieder:
Erich Ehmes , Auwanneweg 30, 6450 Hanau 9, Tel 06181 / 56549
Rolf Stein, Waldschmittstr.37, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611 / 440671
Eva Groepler, Eckenheimer Landstr.67, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611 / 591122

## Leserbrief zu "NAZIS RAUS AUS HILDESHEIM"

"Liebe Id'ler, kurz zur Seite eins,Nr.331. 'Die Demoleitung bedankt sich bei den Antifaschisten...' – Ich bedanke mich bei der Demoleitung für ihre klare, faschistische Sprache. So ungefähr stell ich mir die Stammtischabende der diesmal 'verschüchterten Jungnazis' vor: na, die ham wir aber fertig gemacht, Prügel ham sie bezogen, Hals über Kopf mußten sie abhauen, haste gesehen, was die Angst hatten? !
Wow, was sind unsere Antifaschisten doch Kraftprotze, und so richtige Saubermänner, zufrieden, " daß Hildesheim sauber gehalten werden konnte."Sogar die Polizei applaudierte, toll.
"Von der sonst bemerkten Aggressivität oder Spannungen einiger älterer Hildesheimer Bürger...war nichts mehr zu spüren." Warum wohl?
Ich glaub, ich krieg kalte Füße.
Danke für eure Rückfrage, und: wohin mit unseren Antifaschisten? "

Gertrud aus Aachen

## LESERBRIEF AN DEN ID

**Betr.: Eure Karikatur und Überschrift zum Artikel über das Kalenderfrauentreffen (ID 328).**

Wir finden es unverschämt, daß Ihr auf Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegung, mit Methoden reagiert, die sogar für die bürgerliche Presse zu abgedroschen wären. Ihr stellt Frauen als gackernde Hühner dar, und setzt einen Hahn daneben, der Ordnung in den Laden bringt (das wärt Ihr wohl selber gerne!)

Wenn Ihr es nötig habt, in dieser Form auf den Artikel einzugehen, so ist das geradezu bezeichnend für euer chauvinistisches Verhalten.

Im Übrigen: Hättet Ihr den Artikel zu Ende gelesen, wäre euch vielleicht aufgefallen, daß wir auf dieser – nämlich eurer – Struktur gockelnder Ordnungshüter nicht mehr rumbrüten.
Denn: Gemeinsam sind wir unausstehlich stark – Tag für Tag!!!
Alle Kalenderfrauen.

## GEGEN FASCHISMUS IN WORT UND LIED

"Nie wieder! – Faschismus gestern – heute – morgen" das ist das Thema des 6.Open Ohr Festivals in Mainz. Vom 23. Mai (20.00 Uhr) bis 26.Mai (Pfingsten) werden Lieder- und Theatermacher, Musiker, Kabarettisten, Autoren, Gewerkschafter, Widerstandskämpfer und viele Demokraten auf dem Zitadellengelände dazu beitragen, faschistischen und rechtsradikalen Ideologien kritischen Widerstand zu leisten.
Das Pfingsttreffen wird von dem Stadtjugendamt Mainz und einer Freien Projektgruppe organisiert. Karten- und Zeltplatzvorbestellungen sind ab sofort möglich beim Jugendamt Mainz, Tel. 06131/ 122824.
Dauerkarte einschließlich Arbeits- und Programmheft 30.-DM.

## INITIATIVE GEGEN JUGENDPOLIZEI

Die Jugendpolizei gibt es unseren Erfahrungen nach mit Sicherheit – aber gibt's eigentlich noch eine Gegenbewegung? Briefe an die Bundesinitiative in Duisburg blieben unbeantwortet.
Auch konnten wir bisher nicht herausbekommen, ob es in anderen Städten noch Initiativen gegen und Informationen über die Jugendpolizei gibt.
Schreibt uns, was in anderen Städten so los ist.
Initiative gegen Jugendpolizei in Hagen,
**Kontakt: Karin Schweer, Sonderburgstraße 3, 5800 Hagen**

**Polizist gebissen?**

*Lisa aus Nürnberg braucht Eure Unterstützung: ein Polizist namens Zeder will ihr weißmachen, sie habe ihn gebissen. Sie schreibt dazu:*

Am 5.6.79 gegen 23.30 Uhr wurden wir (damals war ich noch in der Indianerkommune Nünrberg) von der Polizei auf brutale Weise aus der Fußgängerzone der Nürnberger Innenstadt entfernt, mit u.a. in Viehkästen geworfen, zur nächsten Polizeiwachtstelle gefahren und dort in die leerstehenden Zellen geschmissen, zunächst ohne Begründung.

Später erfuhren wir, daß unsere Öffentlichkeitsarbeit mit Hungerstreik, die wir betrie(ei)ben, „ihnen" unliebsam ist, in der wir die Streichung der §§ 174 - 176 forderten, Abschaffung der Schulpflicht, Recht der Kinder und Jugendlichen auf Scheidung von den Eltern/Erziehern.

Wer dabei war, hat gesehen, wie wir abtransportiert wurden. Es waren viele Streikende und viele Zuschauer anwesend.

Bitte meldet Euch entweder bei mir, **Lisa: 040/43 99 234 oder Indianerkommune Nürnberg: 0911/26 67 86 oder beim Rechtsanwalt Bernd Ophoff: 0911/56 30 78.**



Wenn wir vor Gericht darlegen können, daß dieses brutale Eingreifen der Polizei nicht angemessen war, bedeutet das nicht soviel Knast.

Am 21.5.80, elf Uhr, Amstsgericht Nürnberg, Fürtherstr. 110, habe ich wegen Widerstand gegen Staatsgewalt und Körperverletzung einen Prozeß.

(Ein Till aus Tübingen war dabei!)
Wir rufen zurück!

Lisa

## HANNE KRABBE UND ANGELIKA SPEITEL IM HUNGERSTREIK

Die Gefangenen aus der RAF Hanne Krabbe und Angelika Speitel (JVA Köln) haben den im März ausgesetzten Hungerstreik am 22.4.1980 wieder aufgenommen, nachdem die Kieler Landesregierung ihre Zusage vom 10.3. auf Vergrößerung der Frauengruppe in Lübeck auf 8 Gefangene nicht eingehalten hat.

Sie fordern ihre sofortige Zusammenlegung mit den gefangenen Frauen in Lübeck Christine Kuby, Inga Hochstein, Annerose Reiche und Christa Eckes sowie die Verlegung von Irmgard Möller und Verena Becker nach Lübeck.

Hanne Krabbe befindet sich seit April 1975 nahezu ununterbrochen in totaler Einzelisolation. Mehrere Anträge auf Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF sind bisher abgelehnt worden, obwohl die Zustimmung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu ihrer Verlegung schon seit 1978 vorliegt.

**Kontakt: Rechtsanwälte Steiner, Zimmermann, Gärtner, Postfach 102844, 4630 Bochum 1, Tel. 0234 / 60416**

## AN ALLE KNASTGRUPPEN

Studierende der Fachschule für Sozialpädagogik I in Hamburg haben an ihrer Schule eine Knastgruppe gegründet. Sie brauchen Eure solidarische Unterstützung. Bitte schickt ihnen Erfahrungsberichte, Tips, Anregungen, Infos etc. vor allem zum Thema Jugendknast. Glaubt nicht, daß ihr ihnen nicht weiterhelfen könnt, selbst eine Literaturliste kann schon hilfreich sein.

**Kontakt: Knastgruppe FSP I, Andre Vaatz, Brockmannsweg 4, 2000 Hamburg 13.**

# CARTER

**Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird am 30. Mai auf dem Gelände der ausgebrannten Iranischen Botschaft in London das Festival ROCK GEGEN TEHERAN eröffnen. Der Erlös aus dem Verkauf der Buttons mit der Aufschrift "Oil is beautiful – America is better" soll zur Anschaffung von zwei neuen Hubschraubern verwendet werden. Beim Einkauf soll aber, so der Sprecher des Weißen Hauses, besonders auf eine lange Garantiezeit geachtet werden. Als Gastredner wird auch Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Thema "Trost in schwerer Stunde" referieren. Der Verkauf der Buttons erfolgt im Übersee-Büro des Pflasterstrands, Washington D.C., Tel. 001202/456141.**

## Kein Zwischenfall in den Atomanlagen Kahl?

Frankfurt, 7.Mai 1980

*Ein Telefonanruf: am Mittwoch, 30. April 1980, soll in den Atomanlagen in Kahl am Main ein Plastikrohr beschädigt worden sein. Eine Blase habe sich gebildet, die beim Platzen das Rohr beschädigte. Das Rohr sollte dann ausgewechselt werden. Dazu hätte – der Reaktor, der Kühlkreislauf, ein Wasserhahn? – abgeschaltet werden müssen. Das Rohr wurde nicht ausgewechselt. Es wurde plastikgeschweißt.*

*60 Polizeiautos sollen vor den Atomanlagen gestanden haben, Polizisten mit MP im Anschlag.*

*Soweit der Anruf.*

*Was immer wirklich passiert ist, die Reise durch die Telefonleitungen war nicht uninteressant.*

*Bayernwerke München als eine der Betreiberfirmen: Über einen Zwischenfall ist nichts bekannt. aber davon würden sie ohnehin nur erfahren, wenn die „Leistungsabgabe" unterbrochen wäre, das heißt, wenns keinen Strom mehr gäbe.*

*Plastikrohre werden in „allen sicherheitsrelevanten Bereichen" nicht verwendet, können also auch nicht beschädigt worden sein.*

*Polizeieinsatzzentrale Aschaffenburg:*

*ID: Ich möchte wissen, wer den Einsatz am letzten Mittwoch, in Kahl beim Kernforschungszentrum geleitet hat.*

R.: . . . Ich glaube, das war der Kollege Einhorn. . . (Rückfrage in den Raum: Wer war der Leiter bei dem Einsatz zu Kahl?). . . Hallo? Wie gesagt, da ist niemand mehr da. Da müssen Sie morge früh anrufen. . . . Ich habe unseren Einsatzleiter hier gefragt, der kann Ihnen auch dasselbe sagen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wer diesen Einsatz geleitet hat. Da waren mehrere hohe Herren da. . .

Nochmal Polizeieinsatzzentrale Aschaffenburg, Herr Bayer:

*ID: . . . Es geht mir weniger um die Frage, ob Sie Informationen haben über das, was da vorgefallen ist, sondern – und das ist ja auch nicht bestritten worden – daß ein Polizeieinsatz stattgefunden hat.*

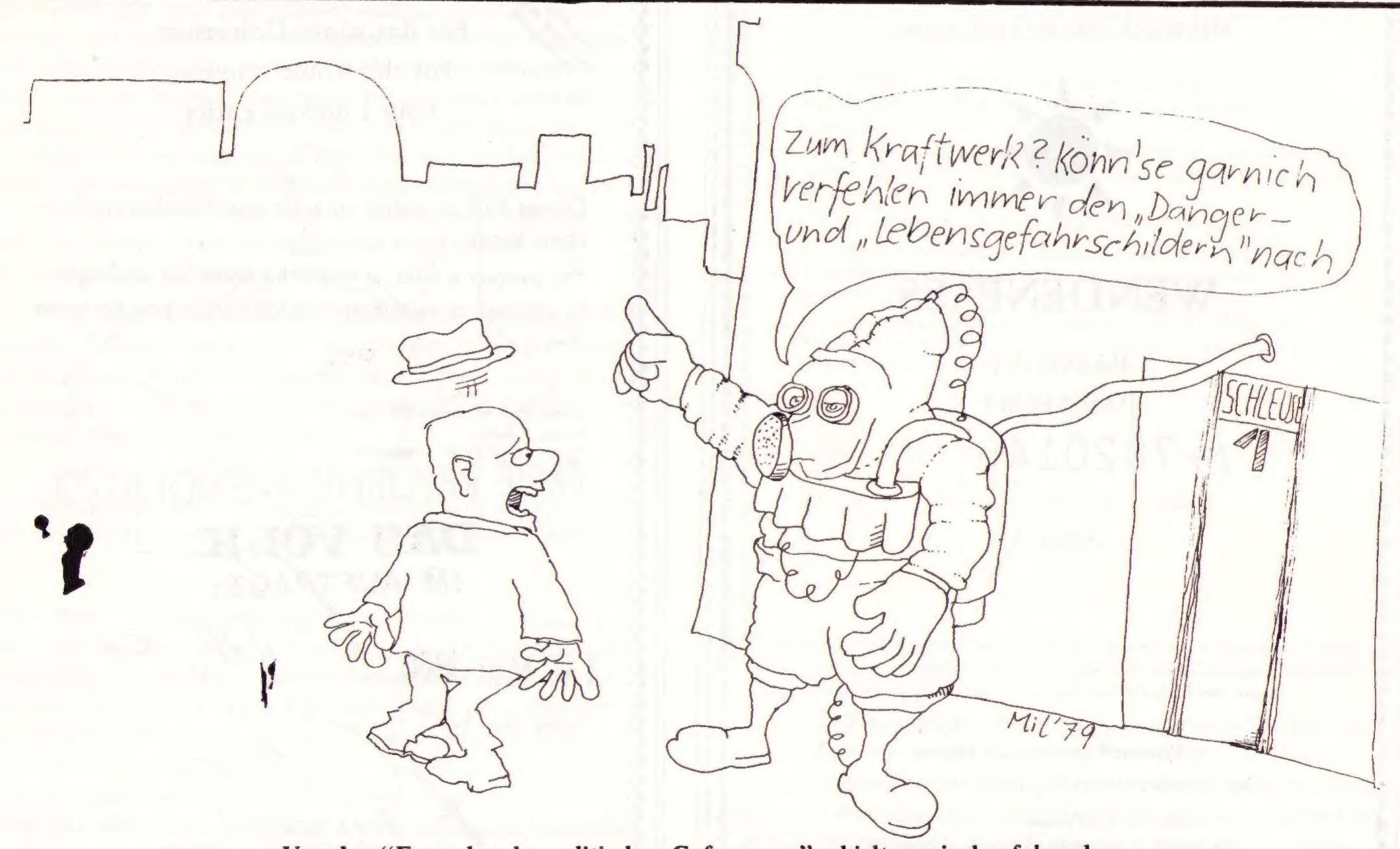
Bayer: Von der Polizei keinen Einsatz.

*ID: Es hat keinen Einsatz gegeben?*

Bayer: Von der Polizei nicht.

**An alle Bürgerinitiativen in der Kahler Gegend: wer kann weitere Hinweise auf Vorgänge um das AKW Kahl geben, vor allem: wer weiß etwas über den Polizeieinsatz?**

**ID**




**Von den "Freunden der politischen Gefangenen" erhielten wir den folgenden HILFERUF FÜR STEFAN WISNIEWSKI, den wir leicht gekürzt abdrucken.**

Stefan Wisniewski, seit rund zwei Jahren in Isolationshaft mit Trennscheibe (z.Zt. JVA Frankenthal), soll im Herbst '80 der Prozeß gemacht werden. Das Oberlandesgericht Düsseldorf will mit seiner Person einen Präzedenzfall konstruieren, um endlich für die „Schleyer-Affäre" (mit ihm angefangen) der breiten Bevölkerung die sogenannten „Schuldigen" präsentieren zu können. Dabei muß betont werden, daß bei Stefans Festnahme vor ca. 2 Jahren in Paris nicht einmal eine Schußwaffe gefunden wurde.

Aber zur Sache: Stefan lehnt Pflichtverteidiger strikt ab (und nicht nur er!), denn das hieße für ihn, sich „geschmierten" Leuten auszuliefern. Wir wollen, daß Stefan einen fairen Prozeß bekommt, d.h. er braucht Geld, um Anwälte nach freier Wahl bestimmen und auch bezahlen zu können. Wir meinen, daß da wirklich viele Leute was dazu beitragen können, die nicht nur von Solidarität quatschen.

D.h. auf lange Sicht müssen drei Anwälte bezahlt werden. Wir bitten euch also im Namen aller, die mit Sicherheit sich beteiligen werden, zu spenden so gut es geht. Und versucht so vielen wie möglich klarzumachen, wie wichtig das ist, worum es hier nunmal geht.

Wir danken euch für praktische Hilfe und Solidarität zur Situation, eure „Freunde der politischen Gefangenen".

Spenden auf Konto von: Karl-Heinz Waschnewski, PschA Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr. 97939–504.

**Kontakt: K.F. Frettlöh, Postlagerkarte 092007 A, 5000 Köln 1.**

## RHEINBUND GRÜSST FREIE REPUBLIK WENDLAND

St. Augustin, 2.Mai 1980

*Erich Knapp war zweiter Sekretär der Deutschen Botschaft in Kairo, bevor er 1975 fristlos entlassen wurde. Jetzt ist er Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Alternative Außenpolitik bei den Grünen. Außerdem ist er Mitbegründer der „Rheinbündischen Eurosozialisten" ((ID 326). Sein Rhein--Grußbrief an die Wendländer:*

Die Platzbesetzer von Gorleben haben es kapiert: Erst muß das gesamte westdeutsche ökonomisch-politisch-staatlich-ideologische Zwangssystem beseitigt werden, bevor die Selbstbestimmung der Menschen beginnen kann. Sie haben dort nicht eine „Räterepublik Westdeutschland" ausgerufen, sondern die Freie Republik Wendland.

FREIE REPUBLIK WENDLAND

FREE REPUBLIK OF WENDLAND

REPUBLIQUE LIBRE DES VENTLANDES

WENDENPASS

PASSPORT

PASSEPORT

Nr. 7820146

SERIE A

Name des Passinhabers/Name of bearer/Nom du titulaire

Vorname/Christian name/Prénom

Der Inhaber dieses Passes ist freier Wende

The holder of this passport is a human being

Le titulaire de ce passeport est individu indépendant

Wer sähe nicht, daß das ein Jux ist. Aber mit dem Unernst, mit dem Witz beginnt die Freiheit. Die Erkenntnis über den unzerreißbaren Zusammenhang des feudaloid-„bürgerlichen" deutschen Systems steigt aus dem Halbbewußten ins Öffentliche über den höhnischen Spaß der Paßbehörde der Republik Wendland. Es kann prophezeit werden: So wie aus den Probebohrungen bei Gorleben automatisch tödlicher Ernst werden wird, wie hinter ihnen schon der tierische Ernst seiner Betreiber steht, so muß aus der Freien Republik Wendland der lebendigste Ernst werden. Entweder - oder!

Der Regionalismus ist das lebendigste politische Phänomen in ganz Westeuropa. Er ist nicht vergleichbar mit dem dumpfen völkischen Regionalismus der dreißiger Jahre, der in den völkischen Nazismus eingemündet ist. Heute handelt es sich um den Protest gegen die abstrakte Verwaltung, die Beamtendiktatur des Superstaats. Staat und Republik werden wieder Gegensätze. Die Republik wird wieder die Selbstverwaltungseinheit der mündigen Menschen.

Nirgends in Europa war dieser Gegensatz zwischen Staat und Republik brutaler als in seiner Mitte, bei uns. Die Republik stand, solange man zwischen Rhein und Memel ohne äußere Einmischung zu artikulieren versuchte, nie zur Debatte. Nachdem sich das Ausland 1918 eingemischt hatte, war sie eine Totgeburt, die 14 Jahre lang in der Intensivstation künstlich bear tmet

tion künstlich beatmet werden mußte; denn so lange konnte man die Hitlers, aus außenpolitischen Gründen, noch nicht auf den Balkon der Reichskanzlei treten lassen. Und nach 1945 waren es die Deutschen wieder selbst, die aus dem




Ansatz einer demokratischen Republik das gemacht haben, was sie mit einem neuen Namen tarnen: „Effdehgeoh".

Ob es die Platzbesetzer in Gorleben selbst ganz klar sehen oder nicht - ihre Ausrufung der Freien Republik Wendland, Ergebnis einer fröhlichen Machtergreifung durch die ungebundene Fantasie - ist der zweite Akt unserer Aufkündigung. Der erste war, vor rund zwei Jahren, die Bildung der „Rheinbündischen Eurosozialisten" und ihre Komitees „Freiheit von Deutschland". Aufgekündigt wird die Zugehörigkeit zu einem staatlichen und ideologischen Kontext, der „Deutschland" heißt. Das bedeutet natürlich auch die Separation von einem Obrigkeitsstaat, der sich zurecht und offiziell „Deutschland" nennt, der BRD, die ja nach Anspruch

wie Struktur die historische Verlängerung des Bismarck-Hitler-Reichs ist.

Ob es unsere Seminarmarxologen wahrhaben wollen oder nicht: Wir haben von den verfluchten deutschen Zuständen nichts zu erben! Wir haben nichts neues und gutes zu erwarten von Staaten, die in der deutschen Traditionslinie stehen! Was sie uns bringen werden, das haben sie uns immer schon gebracht: Diktatur, Selbstzensur, „Ohrnunk und Dissiplihn", Militarismus, Haß auf Fremde und Außenseiter, Dachau und Auschwitz, Kriege und Schande.

In der Geschichte Deutschlands - eines politischen Begriffs, der erst seit 1805 existiert, eines Staates, den es erst seit 1871 gibt - hat nur ein glückliches Ereignis stattgefunden in dem Auf und Ab der vor-, hitler- neofaschistischen Machterschleichung und der demokratischen Selbstbetruge von 1848, 1918 und 1945 - die Auswanderung der jüngeren Jahrgänge ab 1967 in die „Subkultur" und ins „Tunixland". Wer mahnend den linken Zeigefinger hebt und uns bedeutet, daß diese Auswanderung den deutschen Gewaltstaat (bei uns hat der Staat das „Gewaltmonopol"!, bei uns gibt es die „Elterngewalt"!, bei uns gibt es angeblich eine „Gewaltenteilung" seit wir „demokratisch" sind!' bei uns geht alle „Gewalt vom Volke aus" und dabei können es die Machthaber auch ruhig lassen, solange das Volk genau jenes ist, das als einziges in Europa seine Faschisten massenhaft unterstützt hat!) -- daß also diese Auswanderung aus dem (west-)deutschen Gewaltstaat diesen selbst unversehrt und gewaltig und gewalttätig lasse, hat Recht. Aber jede Reintegration der jüngeren, in ihren Denk- und Reaktionsweisen aus Deutschland ausgewanderten Jahrgänge, auch eine „sozialistische" Reintegration, würde nur bewirken, daß die verdammte deutsche Scheiße noch einmal eine Weltaufführung vollziehen könnte.

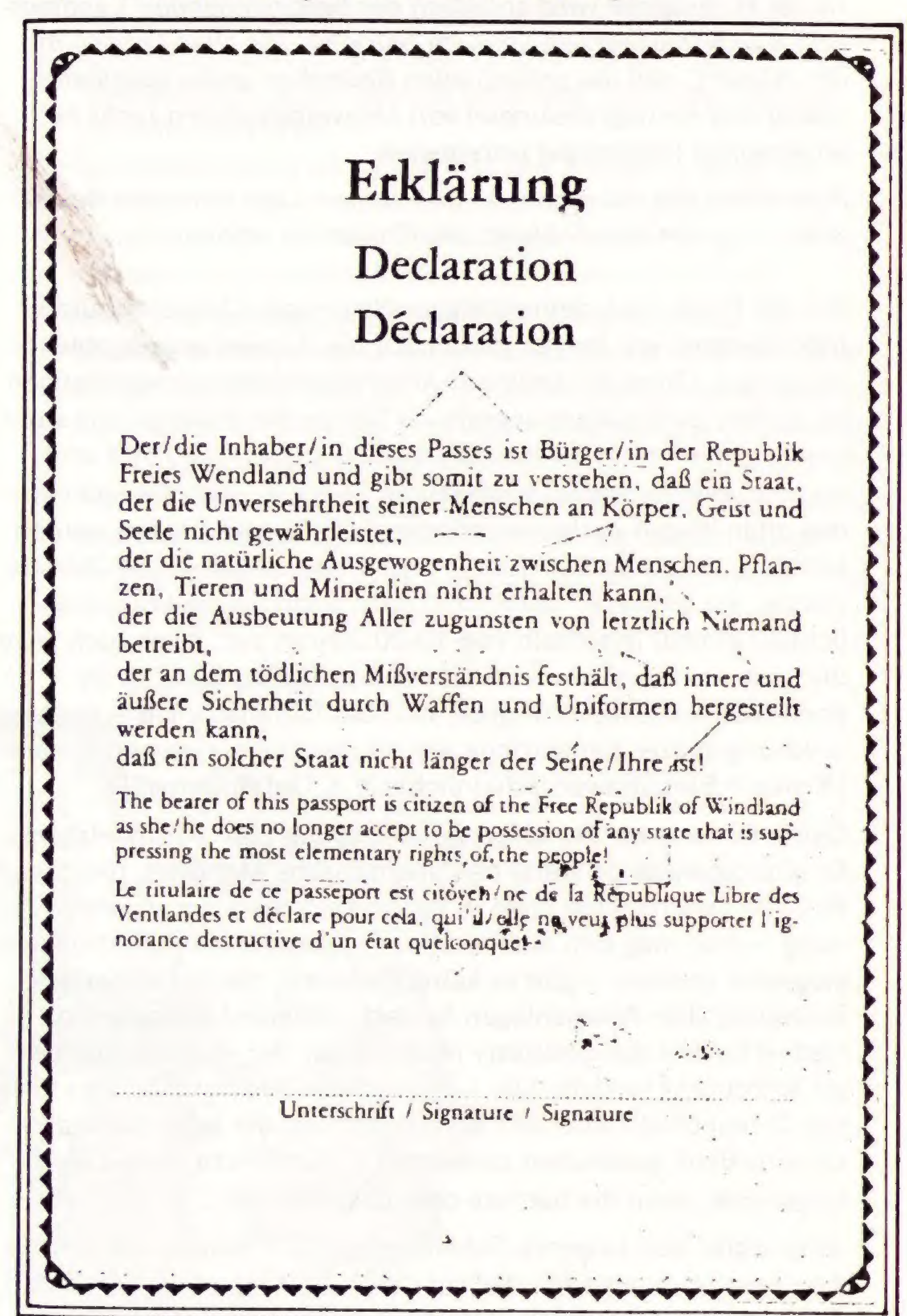
Die Separation einzelner Landschaften von der BRD und ihre Politisierung („polis" war die sich selbst verwaltende Kommune) ist die einzige und letzte Chance, der Todesdrohung eines weiteren deutschen Unheils, des Atomfaschismus diesmal, zu entrinnen.

Der Witz der Freien Republik Wendland muß ein schneidend scharfer Witz bleiben, wenn er uns abschneiden soll vom Krebskranken Obrigkeitsstaat BR Deutschland.

Aller Witz muß zusammengenommen werden, um neue Taktiken und Strategien der Verweigerung und Desintegration, des zivilen Ungehorsams und der Selbstbestimmung zu entwickeln. Zu warnen ist vor Gewalttätigkeit, denn diese ist das innerste Wesen des politischen Deutschtums seit je. Wer dem deutschen Blut- und Knochenbrecherkult erliegt, erliegt ihm eben, wie alle Demokraten in unserem Land seit bald 200 Jahren ihm erlegen sind, weil sie sich als Deutsche definiert haben. Merke: politisch definiert ist der Deutsche der Naziverbrecher!

Es geht ja auch nicht um die Schaffung überschaubarer Selbstverwaltungskommunen als Selbstzweck, sondern um die Emanzipation der Menschen unseres Landes von den ein Jahrtausend alten wie den allerneuesten Vergewaltigungen, Gewaltsystemen, die staatspolitisch in den historischen Begriff „Deutschland" geronnen sind. Diese radikale gesellschaftliche Emanzipation, die nun zur Grundbedingung unseres baren Überlebens geworden ist, braucht politische Selbstverwaltungsorgane, also freie Republiken. Aber es wäre Dogmatismus und „Kirchturms"politik zu übersehen, daß jede einzelne erkämpfte Freie Republik von den alten Gewalten zerquetscht wird, wenn nicht alle Republiken eine Föderation bilden werden. Dieser Befreiungsprozeß kann von überall ausgehen. Er darf sich selbst nicht behindern durch vorgefaßte ideologische Klammern. Wer von einer „deutschen" Föderation träumt, hat sich schon das Konzept einer antirevolutionären Clique übers Hirn gezogen.

Die Proklamation der Freien Republik Wendland artikuliert sich wie ein Witz. Dieser Witz erlaubt es uns, unsere durchaus berechtigte Angst zu umgehen. Unsere Lähmung durch unsere Angst wird ihrerseits gelähmt werden durch Witz. Er macht uns kühn, weil er uns - scheinbar! - den Rückzug in die Unverbindlichkeit offen läßt, z.B. wenn uns ein Staatsanwalt wegen Landesverrat anklagt.



## Erklärung
### Declaration
### Déclaration

Der/die Inhaber/in dieses Passes ist Bürger/in der Republik Freies Wendland und gibt somit zu verstehen, daß ein Staat, der die Unversehrtheit seiner Menschen an Körper, Geist und Seele nicht gewährleistet,
der die natürliche Ausgewogenheit zwischen Menschen, Pflanzen, Tieren und Mineralien nicht erhalten kann,
der die Ausbeutung Aller zugunsten von letztlich Niemand betreibt,
der an dem tödlichen Mißverständnis festhält, daß innere und äußere Sicherheit durch Waffen und Uniformen hergestellt werden kann,
daß ein solcher Staat nicht länger der Seine/Ihre ist!

The bearer of this passport is citizen of the Free Republik of Windland as she/he does no longer accept to be possession of any state that is suppressing the most elementary rights of the people!

Le titulaire de ce passeport est citoyen/ne de la République Libre des Ventlandes et déclare pour cela, qui'il/elle ne veut plus supporter l'ignorance destructive d'un état quelconque.

.............................................
Unterschrift / Signature / Signature

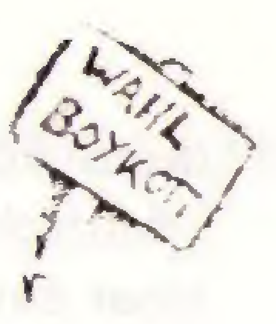
Die Rheinbrüder, ökologisch orientierte Demokraten und Sozialisten an der Grenze zu Frankreich, in Hörweite des gallischen Hahns, grüßen die Freie Wendländische Republik und wünschen alle möglichen Erfolge. Auch Lacherfolge. Und wenns doch nicht hinhauen sollte - nicht resignieren! Demnächst an einem günstigeren Ort helft Ihr zu einem großen Durchbruch.

Die BRD hat keine Freunde, nicht innen und schon gar nicht draußen. Wir sind vom ökologischen GAU bedroht und vom Atomkrieg. Unser Leben oder das der BRD! Wir können siegen, wenn wir die Waffen des Witzes anwenden. So wie in Gorleben.

Für die Rheinbündischen Eurosozialisten und das Komitee Freiheit von Deutschland:

Erich Knapp

# WAHLEN




Münster 5. Mai *Das Redaktionskollektiv in Münsters Grünem Blatt vertritt mehrheitlich eine antiparlamentarische Bürgerinitiativ-Politik. Das hat sich deutlich in Beiträgen zur Wahl- und Parteidiskussion niedergeschlagen.*

*In der Maiausgabe wird anläßlich der bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen Stellung bezogen, vor allen Dingen in der Absicht, daß die prinzipiellen Bedenken gegen Wahlbeteiligung und Parteigründungen von Umweltschützern nicht im allgemeinen Wahltrubel untergehen.*

*Angesichts der momentanen politischen Lage kommen sie aber diesmal zu der Empfehlung, die Grünen zu wählen.*

Bei der Frage nach dem richtigen Weg in der Umweltschutzpolitik kommen wir immer wieder auf die Atomenergieproblematik zurück. Ohne die anderen Umweltprobleme vernachlässigen zu dürfen, ist die Atomenergie die Spitze des Eisbergs. Sie stellt eine qualitativ neue Bedrohung unseres Lebens dar; und zwar als eine vom Menschen geschaffene Technik, über die nicht auf den alten Wegen parlamentarischer Politik entschieden werden sollte, so als ob die Eröffnung einer Eisenbahnlinie zur Debatte stünde: ein schwerer Unfall tritt nach statistischer Wahrscheinlichkeit einmal innerhalb von 10-20 Jahren auf. Aber auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit noch so gering wäre, so ist doch das Risiko nicht tragbar, weil das Unfallausmaß – die Verseuchung ganzer Landstriche auf Jahrzehnte – riesengroß wäre (Risiko = Eintrittswahrscheinlichkeit X Unfallausmaß).

Daher fordern wir die sofortige Stillegung aller Atomanlagen. Es gibt gegenwärtig keine parlamentarische Mehrheit, die diese Position vertritt. Und auch in der breiten Bevölkerungsmeinung – man mag sich auch um die Prozentzahlen der Atomenergiegegner streiten – gibt es keine Mehrheit, die die sofortige Stillegung aller Atomanlagen fordert. Unserer Überzeugung nach erfordert die qualitativ neue Gefahr der Atomtechnologie sofortiges Handeln. Die Lösung dieses Problems ist von höchster Dringlichkeit und läßt es nicht zu, auf die lange parlamentarische Bank geschoben zu werden (‚Wenn nicht diese Legislaturperiode, dann die nächste oder übernächste ...').

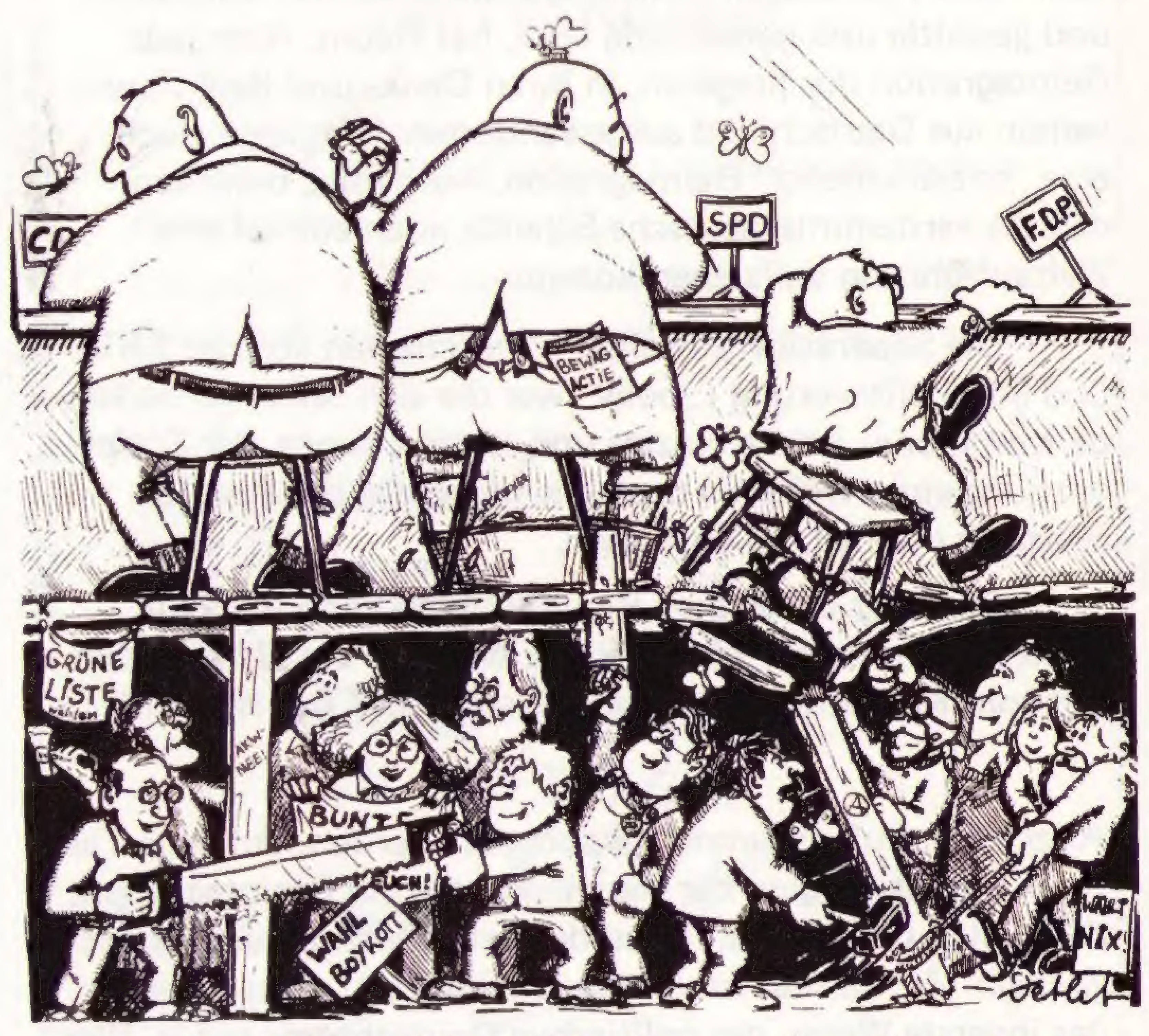
Jetzt ergibt sich folgende Schwierigkeit: Wir stellen mit unserer Argumentation eine Minderheit dar. Inhaltlich sagen wir, daß die Atomenergieproblematik die Menschheit gefährdet und sofort abgeschafft werden muß, weil Statistik unbestimmt ist, und der Unfall morgen eintreten kann und weil mit der Atomtechnologie den nachfolgenden Generationen die politische Freiheit beschnitten wird, denn die Atomtechnologie setzt Sachzwänge (Bewachung auf Tausende von Jahren.....) Deshalb sagen wir, daß dieser qualitativ neuen Technik die demokratischen Spielregeln gar nicht angemessen sind, denn die Atomtechnologie kann später gar nicht wirklich korrigiert werden. Und das gehört mit zur Demokratie, daß aus einer Minderheit eine Mehrheit werden kann, die dann einen neuen oder anderen politischen Anfang macht.

**Minderheiten**

Wenn das richtig ist, dann können wir auch nicht nach dem üblichen Verfahren als Minderheit behandelt werden! Nehmen wir einmal an, eine parlamentarische (grüne) Minderheit verträte unsere Position: Sie machte dann die Atomtechnologie zu einem parlamentarischen Thema, was eigentlich von der neuen Qualität dieser Technik her gar nicht angemessen ist, denn nach unserem Selbstverständnis als das einer Minderheit wird über unseren Untergang per Mehrheitsentscheidung entschieden. Nun kann man natürlich darauf hinweisen, daß ja eine x-beliebige Minderheit (es könnte auch eine religiöse sein) in irgendeiner politischen Entscheidung ihren (moralischen) Untergang sieht. So liegt das Problem bei den kompromißlosen Atomkraftgegnern aber keineswegs: ihre Überzeugung läßt sich innerhalb des herrschenden naturwissenschaftlichen Weltbildes selber (auch problematisch genug) begründen: unter den Experten ist die Meinung über Atomenergie selbst zutiefst gespalten. Allein das reicht aber schon aus, um deutlich zu machen, daß mit der staatlichen Durchsetzung des Atomprogramms die Bürger zu Versuchskaninchen gemacht werden. Erst wenn mindestens alle Experten die Atomtechnologie für ungefährlich hielten, wäre sie im Parlament genauso zu behandeln, wie etwa ein Finanzhaushaltsentwurf, den man kritisiert, aber dessen Beschluß man akzeptieren kann, solange bis man seine Minderheitenposition durch Überzeugungsarbeit zu einer Mehrheit gemacht hat, um dann im eigenen Sinne eine mehrheitsfähige Politik zu machen.

**Loyalität**

Wir fassen also zusammen: Das hat für uns die politische Konsequenz, dem Staat in Sachen Atomenergiepolitik die Loyalität aufzukündigen. Der Staat kann legitimerweise von einer Minderheit seiner Bürger – einmal unterstellt, die Kernkraftwerksgegner seien eine Minderheit – nur dann verlangen, daß sich diese einer demokratischen Mehrheitsentscheidung beugt, wenn die Debatten über ein Verfahren oder über ein bestimmtes Gesetz weitergehen können und die Minderheit irgendwann zur Mehrheit werden kann. Die Atom-




energie aber setzt unabänderliche Fakten, die spätere demokratische Korrekturen ausschließen. Kein politisches System kann von einer Minderheit erwarten, daß diese ihre eigene Vernichtung widerspruchslos hinnimmt. Wir nehmen daher das Recht auf Widerstand (Grundgesetz Art. 20.4) in Anspruch, ungeachtet der Tatsache, ob Gerichte den Angeklagten in den Grohnde-Prozessen die Berufung auf diesen Artikel absprechen.

Es besteht die Gefahr, daß von den Grünen im Parlament zum Thema gemacht wird, was so gar kein Thema der Parlamente sein dürfte. Aber selbst wenn grüne Parlamentarier diese von uns vertretene inhaltliche Position einbrächten, ist es höchst zweifelhaft, ob diese Parlamentarier und die mit ihnen an eine grüne Partei unter finanziellen, zeitlichen und personellen Zwängen gebundenen Menschen die außerparlamentarische Form direkten Widerstands mehr als verbal unterstützen würden bzw. können. Kräfte würden aus den Bürgerinitiativen abgezogen.

Die ungeheure Dringlichkeit der Atomenergieproblematik würde fälschlicherweise auf die lange parlamentarische Bank geschoben.

**Umweg**

Gemessen an der Dringlichkeit der Umweltprobleme läßt sich befürchten, daß der parlamentarische Weg von Umweltschützern möglicherweise ein (verzögernder) Um- bzw. Abweg ist.
Die Umweltschutzbewegung läßt sich leicht aufspalten in einen parlamentarisch-legalen und einen illegalen Teil derer, die sich direkt wehren. Grüne Parlamentarier werden sogar in ihren Lippenbekenntnissen zugunsten direkter Widerstandsformen strukturelle Schwierigkeiten haben. Die §§ 130 a, 88 a usw. machen auch aus ihnen Kriminelle. Wahrscheinlich würden in solchen Konfliktfällen die Parlamentarier als ‚parlamentarischer Arm der Bürgerinitiativ-Bewegung' — dies einmal unterstellt — ihren anderen Arm amputieren müssen.

**Erfolg ?**

Eine konsequent antiparlamentarische Umweltpolitik von mittlerweile mehreren Millionen Bürgerinitiativlern wäre erfolgversprechender, sowohl unter dem Aspekt der Macht- als auch der Demokratiefrage: einmal wären bestimmte umweltgefährdende Projekte nur unter von den etablierten Parteien zu tragenden und zu verantwortenden bürgerkriegsähnlichen Maßnahmen durchzusetzen. Was den Demokratieaspekt angeht, braucht sich die antiparlamentarische Bürgerinitiativ-Bewegung von den staatstragenden Parteien am allerwenigsten belehren zu lassen, denn deren konsequente Leugnung der Atomenergie als qualitativ rechtspolitisches Phänomen ist schlicht zynisch (siehe oben).




Die antiparlamentarische Bürgerinitiativ-Bewegung verpaßt darüber hinaus möglicherweise die Chance, neue Formen der Politik gemäß neuen Inhalten mit moralisch guten Gründen offensiv zu vertreten.

Unter welchen Bedingungen zum Beispiel direkte Demokratie möglich ist, hätte viel besser praktisch erprobt und kritisiert werden können.

Zwar sind auch nach der Wahl zum Beispiel Selbstverwaltungsprojekte keinesfalls gestorben, aber ihre anderen Demokratieformen und außerparlamentarischen Medien (Volkshochschule Wyhler Wald z.B.) können für sich nicht mehr einfach als angemessene Formen einer neuen inhaltlichen Politik (keine Atomtechnologie, statt dessen sanfte Energie usw.) werben. Die Umweltargumente wandern in die althergebrachten Politikformen ab. Es besteht die Gefahr, daß sie dort verbogen und durch faule Kompromisse bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden. Für die Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsversuche besteht die Gefahr, daß sie zu exotischen Kulturphänomenen herabsinken, wenn sie sich als praktische Kritik und Antwortversuche auf die Technik- und Umweltproblematik nicht mehr so gut als Lösungen bemerkbar machen können, weil die Lösungen eben doch zumindest schwerpunktmäßig wieder über den parlamentarischen (Um-)Weg angegangen werden.

**Dennoch empfehlen wir diesmal:**
**Wählt die Grünen, denn....**

- eine bloß individuelle Wahlverweigerung bleibt wirkungslos
- ein Wahlboykott als politisch zu organisierende Antwort auf die oben geschilderten Dringlichkeitsprobleme ist gegenwärtig nicht zu organisieren und würde in der BRD, die diesbezüglich keine bewußt gehaltene Tradition hat, nur Verwirrung stiften.
- da sowieso ein großes Potential von Bürgern allemal die Grünen wählen wird, ist es dringend geboten, die Schwankenden zu den Grünen zu motivieren, nicht zuletzt, damit gerade Strauß nicht an die Macht kommt (5-%Hürde)
- obwohl es keineswegs ausgemacht ist, besteht doch die Chance, die Argumente der Umweltschützer inhaltlich über die auf das Parlament hin orientierten Kanäle der Öffentlichkeit besser zur Geltung zu bringen, solange eine Gegenöffentlichkeit noch vergleichsweise ohnmächtig ist. Rundfunk und Fernsehen werden verstärkt über Debatten und Gesetzesentwürfe berichten (das ist kein Widerspruch zu dem obigen Gegenargument, wo es darum ging, darauf hinzuweisen, daß die andere Form praktischen Probehandelns eher mehr Chancen auf Öffentlichkeit hat).
- dabei gibt es immerhin die geringe Chance, daß die Atompolitik durch die Grünen, zusammen mit den KKW-Gegnern innerhalb der SPD — unter einer Zerreißprobe der SPD — gestoppt werden kann. Eine Große Koalition oder eine Mehrheit (unter Entbindung von Fraktionszwang) für die Fortführung der Atomenergie würde erneut auf die außerparlamentarischen Kräfte hin motivieren können
- also wählen wir die Grünen und unterstützen gerade die Kandidaten, die wenigstens verbal den doppelten Weg der Umweltschutzbewegung unterstützen. So können wir aus den Wahlen noch das Beste machen.

Anzumerken bleibt noch, daß für uns die ‚Fronten' nicht zwischen Linken und Konservativen verlaufen, wenn man sich auf die Wahl einläßt, sollte das wechselseitige Lernen von Linken und konservativen Umweltschützern als Chance begriffen werden, auf breiter Bündnisbasis dringendste Umweltprobleme sofort lösen zu können.

## PROZESS GEGEN CHRISTOF WACKERNAGEL UND GERD SCHNEIDER

DÜSSELDORF 5. Mai *Am 24. und 25. April fanden weitere Prozeßtage gegen Christof Wackernagel und Gerd Schneider in Düsseldorf statt. Die Anklage lautet: Mordversuch und Mitgliedschaft in der RAF. Was war geschehen?*

*Am 10.11.77 wurden in Amsterdam Gerd Schneider und Christof Wackernagel, Angehörige der RAF, in einer Telefonzelle von Spezialeinheiten holländischer Bullen und des BKA's umzingelt und sofort das Feuer gegen sie eröffnet. Insgesamt wurden 36 Schüsse von den Bullen auf die beiden abgefeuert. Christof und Gerd haben sich gewehrt, soweit sie noch die Möglichkeit dazu hatten. Freunde der beiden beschreiben die Prozeßtermine:*

Am 24.4. ging es um das „Vorleben" von Gerd. Als Zeugen waren 2 Bullen aus Koblenz und Kaiserslautern geladen. Die beiden würgten dann 3 Stunden lang Einzelheiten hervor, die nichts weiter bewiesen, als daß Gerd lückenlos beschattet wurde:

- Gerd wohnte in einer WG, die politisch arbeitete (z.B. Flugblätter zu politischen Gefangenen)
- Gerd verteilte Flugblätter
- er soll Wandmalereien am army-depot Kaiserslautern angebracht haben, konnte ihm zwar nie nachgewiesen werden, aber Verdacht genügt ja auch. (Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen.)
- er soll gefälschte Vorladungen verschickt haben mit einer Einladung zur ED-Behandlung. Gerd hatte mal ne Vorladung gekriegt; klarer Fall, daß er die zur Fälschung benutzt hat. Sonst gab es scheinbar in Kaiserslautern keinen, der mal eine Vorladung gekriegt hat. Auch hier konnte nie etwas nachgewiesen werden.
- er soll einen Plakataufruf der Stadt Kaiserslautern gefälscht haben mit der Aufforderung an alle Bürger, staatsgefährdende Literatur ins Präsidium zu bringe. Wiederum nur ein Verdacht der Bullen.
- Gerd soll bei einem Bullenüberfall an der Uni auf 70 Leute, die gegen die Durchsuchung der AStA-Räume (Buback-Nachruf) protestiert hatten „in vorderster Front Polizeibeamte getreten und geschlagen" haben. Wieder ne Behauptung ohne Beweise.
- die Mitbewohner der WG sind im November 77 verhaftet worden wegen angeblichem Bombenanschlag auf das OLG Zweibrücken, Bildung einer terroristischen Vereinigung. Im Januar 78 wurde der Haftbefehl gegen die acht Leute außer Vollzug gesetzt.
- Christine Kuby, seit Mai 78 Gefangene aus der RAF in Lübeck, hat auch mal in der WG gewohnt.
- Gerd sei August 77 „untergetaucht"; auf deutsch: die BKA-Bullen haben ihn in Kaiserslautern nicht mehr gesichtet.
- nach seiner Festnahme habe er einen Anwalt aus dem Croissant-Büro gehabt.

Klar ist, daß mit solchen „Vorwürfen" legaler Widerstand kriminalisiert werden soll. Widerstand gegen die imperialistische Politik, d.h. Angriffe auf ihre Schwachstellen, Versuche ihrer Entlarvung auch mit „legalen" Mitteln, soll liquidiert werden.

Klar ist auch, daß zum Zeitpunkt des Überfalls der holländischen Bullen auf Christof und Gerd NICHTS gegen Gerd vorlag. Weswegen es auch einiges Hin und Her zwischen Richter und Staatsanwaltschaft gegeben hatte, auf was man denn nun schnell den Haftbefehl gründen könnte.

Klar ist weiterhin, weswegen Christof und Gerd einsitzen, und das nach dem Willen der Bundesanwaltschaft auch lange so bleiben soll: Sie bekennen sich zur RAF. Auf den Kuhhandel, den die BAW ihnen angeboten hat, wenn sie abschwören, kriegen sie unter 10 Jahre, sind sie nicht eingegangen. Ihre Gesinnung und die damit verbundene Politik, die der RAF soll liquidiert werden. Auch das mögliche „Umfeld", die möglichen „Sympathisanten" sollen kaltgestellt werden, d.h. sie sollen sich distanzieren, die Gefangenen isolieren helfen. Dazu muß das Märchen von den beiden als eiskalte Killer herhalten, die, so die Anklage „Mordversuch" an den holländischen Bullen verübt haben sollen. Wobei es eben genau umgekehrt war.

Am nächsten Tag ließ Richter Wagner die Sau raus: Verhandlungsgegenstand ist ja auch Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der RAF. Zur Feststellung der Zielsetzung der RAF sollen Teile des Urteils gegen Angelika Speitel vorgelesen werden, in dem die Richter (dieselben übrigens) die Zielsetzung der RAF „erklären".
Der Protest von Anwälten und Angeklagten half nichts. Der Vorschlag von RA Zimmermann , zur Feststellung der Zielsetzung der RAF seien andere Gefangene aus der RAF, die Angeklagten selbst zu hören und die Texte der RAF heranzuziehen, wurde abgelehnt.
Mit wechselnden Rollen verlasen nun die Herren Richter ihr eigenes übles Machwerk, das natürlich vor Verzerrungen, Verfälschungen und Diffamierungen nur so strotzte.
Schon in anderen Prozessen wurde so verfahren. Christof stellte fest, daß die in diesen Urteilsschriften benutzten Schablonen Richtlinienfunktion für alle RAF-Prozesse haben. Die Verfahren gegen Mitglieder der RAF werden so entindividualisiert. Ziel der Bundesanwaltschaft sind kollektive Prozeßtribunale, Straffestsetzungen, Verurteilungen, Haftbedingungen. Wenn in einem Prozeß Urteile, die die Richter gegen andere Mitglieder der RAF geschrieben haben, vorlesen, damit behaupten, die Zielsetzung der RAF zu beschreiben, sind damit die Angeklagten bereits verurteilt, weil sie ja auch der RAF angehören, somit das gleiche Urteil „verdienen", in den meisten Fällen lebenslänglich. Tatsache ist somit eine Vorverurteilung, das Urteil ist bereits gefällt, der Prozeß muß halt noch durchgezogen werden. Könnten die Herren Richter doch ihre Urteile gegen die RAF fotokopieren und nur noch die Namen einsetzen.

Hier können wir ansetzen mit unserem Widerstand!
Kommt zu den Prozeßterminen, schafft Öffentlichkeit für die Angeklagten!
SPERRT IHR AUCH CHRISTOF EIN UND SCHNEIDER,
DER KAMPF GEHT IMMER WEITER!!

Nächste Prozeßtermine: 30.4., 13 Uhr 30
8.5., 13 Uhr 30
16.5., 9 Uhr 30
22.5.
23.5.

Nebenstelle des OLG, Tannenstraße, Düsseldorf.
Anwälte: Reinhard Zimmermann, K. Schumacher Platz 9, Bochum (Christof); Ernst Ronte, Auf der Körnerwiese 10, Frankfurt (Gerd).
Wer Christof oder Gerd besuchen will, Antrag an: Richter Dr. Wagner, 4. Strafsenat des OLG Düsseldorf, Cecilienallee 3, 4000 Düsseldorf 30. Wer ihnen schreiben will: Name, dann über den 4. Strafsenat usw.





**Von Teilnehmerinnen der Walpurgisnacht-Demonstration in Frankfurt erreichte uns ein Flugblatt und ein Aktionsbericht:**

## WALPURGISNACHT UND HOCHSICHERHEITSTRAKTE

Was hat das miteinander zu tun? Leider erstmal nichts. Die Frauenbewegung hat sich entpolitisieren lassen. Vor drei Jahren hetzten die Medien unter dem Schlagwort: Erst Emanze, dann Terroristin! Damit diffamierten sie zwei Bewegungen: die Befreiungsversuche der Frauenbewegung und die militanten Aktionen der Guerilla. Die bewaffnet kämpfenden Frauen wurden zuerst als männerhörig denunziert, dann als lesbisch, pathologisch, letztlich „ausgeklinkt". Gleichzeitig wurden gegen Einrichtungen der Frauenbewegung Razzien und Bulleneinsätze durchgeführt.

Dieser Strategie – Medienhetze und Überfälle – wurde von der Frauenbewegung nichts entgegengesetzt. Keine Offensive folgte, sondern im Gegenteil ein verstärkter Rückzug auf die von jeher frauenspezifischen Themen, z.B. Schwangerschaft und § 218. Der Staat konnte hier sein Konzept zum großen Teil durchsetzen: Isolierung der Gefangenen aus antiimperialistischen Gruppen und eine Schwächung der Frauenbewegung, ihre Entpolitisierung nämlich und damit ihre Entwaffnung.

Ein Beispiel aus Frankfurt: Die Antwort der Frauenblatt-Redaktion auf den Brief Waltraud Books (Gefangene aus der RAF) in der März Nummer. Auf den Inhalt von Waltrauds Brief wird tatsächlich mit keinem Wort eingegangen; stattdessen lamentieren die Frauen über den „arroganten" Tonfall, in dem der Brief abgefaßt sei. Hier wird die Auseinandersetzung – bewußt oder nicht – gemieden. Entsolidarisierung – hier ist sie Wirklichkeit. Ein weiteres Beispiel: die sogenannte Frauen-taz vom 7.3.80. Seit wann zeichnet sich eine Frauenzeitung durch Ausfiltern aller politischen Themen aus? Durch Ausrichtung auf „reine Frauenthematik"? Wobei übrigens durch die Hintertür wieder ein hübsches Maß Männerfixiertheit reinrutscht, in der negativen Abgrenzung zu Männern. Wenn wir uns in dieser Weise beschränken, lügen wir uns selbst was in die Tasche. Die Männer als Hauptfeind – das tut ihnen doch wirklich zuviel Ehre an und ist vor allem zu kurz gegriffen. Wir wissen zwar aus eigener Erfahrung, daß oft genug Männer ein Problem sind oder waren, zeitweise unser Hauptproblem. Aber im Kampf gegen chauvinistische Männer, gegen sexistische Werbung usw., gegen die Symptome dürfen wir nicht stehenbleiben!

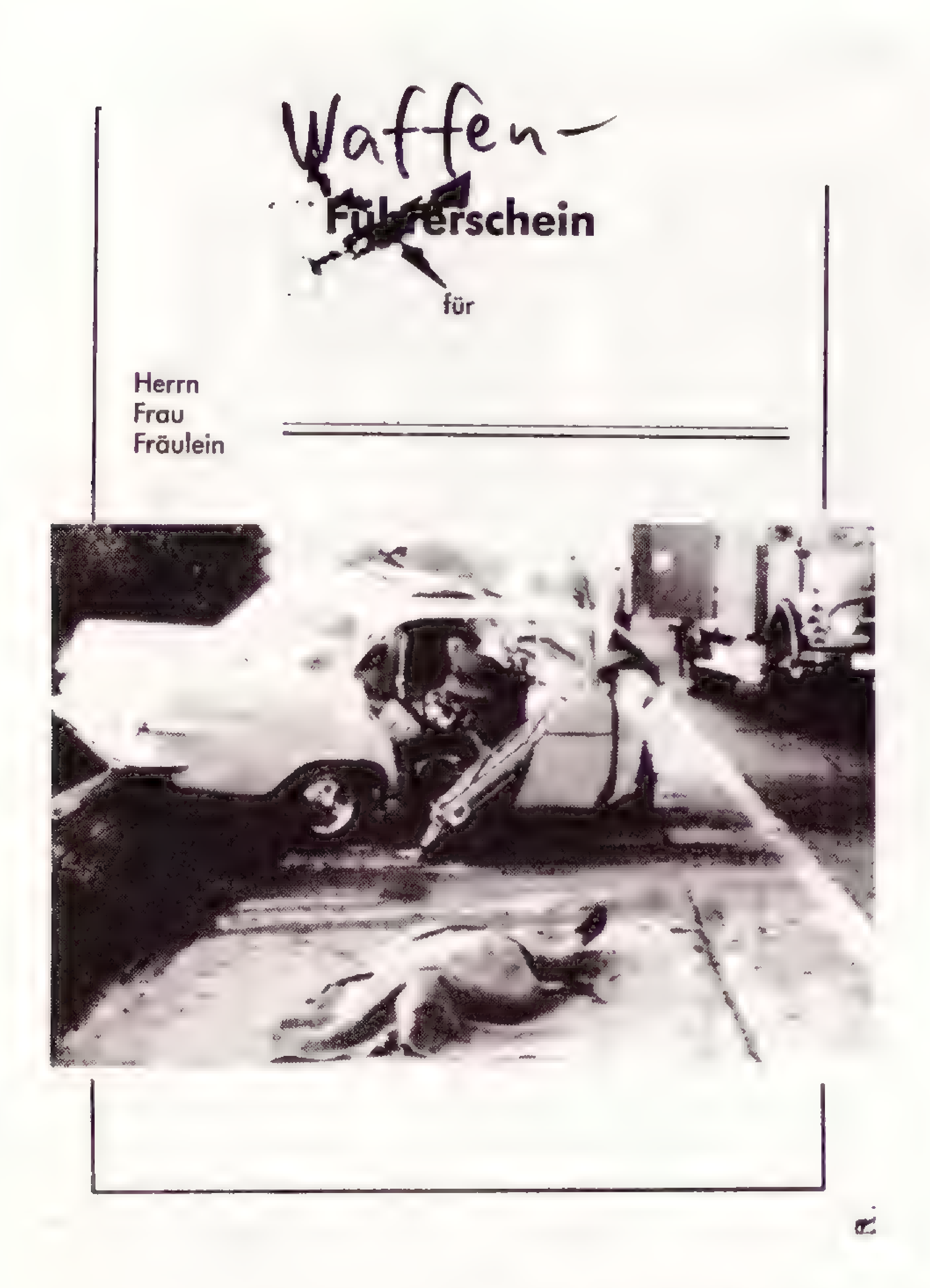
Wieder nach Frankfurt: Warum gab es z.B. für Astrid Proll, die „ausgestiegen" ist, eine Solidaritätskampagne der Frauen? Und warum war nichts zu hören, als die fünf Frauen in Lübeck, vier von ihnen Gefangene aus der RAF, einen Hunger- und Durststreik gegen die Vernichtungshaft im Hochsicherheitstrakt und für Zusammenlegung machten? Das passiert genau im Sinn der staatlichen Strategie – einerseits „Gnade", „faire Prozesse" für „Ausgestiegene", andererseits Vernichtungshaft, Isolierung der Gefangenen aus der bewaffneten Linken.

Wir müssen uns alle entscheiden, ob wir Verbesserungen innerhalb dieses Systems wollen oder gegen das System kämpfen. Ob wir uns integrieren lassen wollen in den Staat oder ihn angreifen.

Sofortige Zusammenlegung von Hanna Krabbe, Angela Speitel, Verena Becker und Irmgard Möller mit den 4 gefangenen Frauen in Lübeck!
Freilassung von Günter Sonnenberg!
Abschaffung der Hochsicherheitstrakte!

### GO IN VOR DEM KNAST IN PREUNGESHEIM

Im Anschluß an die Walpurgisnacht-Demo fuhren noch etwa hundert Frauen nach Preungesheim. Aufgerufen zu der Aktion hatte eine Gruppe Frauen mit einem Flugblatt („geben wir die Stärke, die wir heute nacht erleben, an unsere gefangenen Schwestern weiter!"). Wir kletterten auf ein Garagendach gegenüber dem Knast. Nachdem wir erstmal durch Pfeifen, Rufen, Krachmachen unsere Anwesenheit bekanntgegeben hatten, antworteten eine Wärterin mit Gebrülle von Ruhestörung, ein anwohnender Bulle mit einer Serie von Blitzlichtaufnahmen und die gefangenen Frauen durch Zurufe und Winken. Wir hatten ein Megaphon dabei und zunächst erzählte uns eine Frau, die gerade auf Knasturlaub war etwas über die Situation im Preungesheimer Knast. Dann informierten wir die Frauen drin über die Situation der Frauen in Lübeck, über Günter Sonnenbergs Hungerstreik und über die Demo. Die Frauen im Knast unterbrachen ab und zu mit Zurufen wie „Freiheit für Verena (Becker) – Weg mit den Hochsicherheitstrakten – Freiheit für alle Gefangenen!" die Reden. Inzwischen waren auch die Bullen aufgewacht und hatten sich gesammelt. Ihre dreimalige Aufforderung zur Räumung ging in einem Pfeifkonzert von drinnen und draußen unter. Als sie sich kampfbereit machten und gegen uns vorrückten, zogen wir ab, nicht ohne noch ein Lied zu singen und den Frauen Parolen zuzurufen („Die Mauer muß weg!"). Mit dieser Aktion hoben wir die Trennung zwischen drinnen und draußen für eine kurze Zeit lang auf. GEMEINSAM SIND WIR STARK!




## FÜHRERSCHEIN: ES GEHT AUCH OHNE FAHRSCHULE

*Mönchengladbach im April*

*Über 500% kann die Führerscheinausbildung der Klasse III teurer sein als eine Einzelfahrerlaubnis. Unglaubwürdig erschien vielen Lesern die Möglichkeit, die Fahrschule zu umgehen. Jetzt erreichte uns ein Brief eines Lesers, der über den kostensparenden Weg den Führerschein erworben hat.*

*Kurz sei nochmals erwähnt, daß ohne große Formalitäten jeder Verwandte ersten Grades (Eltern, Kinder usw.) und Ehepartner die Einzelfahrerlaubnis erwerben kann. Ein formloser Antrag an das Straßenverkehrsamt mit dem Nachweis einer 3jährigen Fahrpraxis, Gesundheitszeugnis, genügt.*

*Genaue Informationen teilt gerne unser Leser mit!*

Hier der versprochene Erfahrungsbericht über die Erlangung des Führerscheins der Klasse III ohne Fahrschule: ES GEHT AUCH ANDERS. . . . Angeregt durch den „Führerschein. . . "-Artikel in LOTT JONN Nr. 11 v. Mai 1979 beschlossen wir (im folgenden immer; mein Vater und ich), den Versuch einer privaten Ausbildung (bei meinem Vater) zu wagen. Die Voraussetzungen waren, wie bekannt, eine mindestens dreijährige Fahrpraxis des Ausbilders in den letzten 5 Jahren, — ein Mindestalter von 23 Jahren und — ein guter Gesundheitszustand.

Punkt eins und zwei waren ohnehin gegeben und das amtsärztliche Gesundheitszeugnis, das dem Antrag auf die Ausbildungserlaubnis beigelegt werden mußte, kostete 25 Mark. Weiterhin benötigten wir zwei polizeiliche Führungszeugnisse (für Fahrer und Schüler) und jeweils 5 Mark. Der Antrag auf die Einzelausbildungserlaubnis löste zwar einige Verwirrung und Erstaunen bei den Menschen der Behörden aus, da aber alles gesetzlich fundiert ist (nach § 31 des Fahrlehrergesetzes), wurden uns keine Steine in den Weg gelegt, eher das Gegenteil war der Fall. Allenthalben wurde uns, nach Prüfung unseres Anliegens, freundliches Interesse zuteil.

Der schwierigste Punkt der ganzen Angelegenheit war vielmehr die Beschaffung der Doppelbedienungsanlage für unseren Combi. Für einen Kleinwagen, wie er von allen Fahrschulen benutzt wird, kann man/frau relativ leicht eine solche Anlage beschaffen. Schrottplätze können hier häufig und billig helfen. Es ist jedoch so, daß zu jedem Fahrzeugtyp nur eine spezielle Anlage paßt, da der Radius der drei Pedale von Fahrzeug zu Fahrzeug völlig verschieden ist. Nachdem wir, mit Hilfe von LOTT JONN, mehrere Anlagen ausprobiert hatten, die alle nicht in unseren Wagen paßten, beschlossen wir, bei einem speziellen Verlag diese Anlage individuell fertigen zu lassen. Die Doppelbedienungsanlage, bei deren Beschaffung uns eine Fahrschule behilflich war, wurde dann auch der Hauptkostenfaktor in unserer Gesamtrechnung, die aber dennoch wesentlich günstiger ausfiel, als dies bei einer konventionellen Ausbildung der Fall gewesen wäre.

Einige Wochen später konnte dann, nach Einbau der Anlage mit akustischem Signal (ein optisches Signal ist nicht nötig), der Unterricht beginnen. Zu diesem Zweck hatten wir ein „Fahrschule"-Schild angefertigt, was aber nicht Bedingung ist, sondern nur unserer Sicherheit und der der anderen Verkehrsteilnehmer dienen sollte. Bei unseren Fahrten mußten wir die Einzelausbildungserlaubnis und einen Nachweis über die Versicherung des Fahrzeugs bei der Benutzung zu diesem Zweck mitführen. Unsere Versicherung gewährte uns diesen erweiterten Schutz anstands- und kostenlos. Bei allen unseren Fahrten sind wir allerdings kein einziges Mal kontrolliert worden. Nach einer ausgedehnten „Schulzeit" (max. ein halbes Jahr, Verlängerungen sind allerdings möglich) war ich dann für die praktische Prüfung ausreichend vorbereitet. Die schriftliche und praktische Prüfung liefen in der gewohnten Weise, mit den üblichen TÜV-Gebühren, ab. Das Material für die Vorbereitung auf die schriftliche Prüfung lieh ich mir von einem Freund, dem ich an dieser Stelle nochmals danken möchte.

Alles in allem kostet der Führerschein inklusive der neuen Doppelbedienungsanlage ca. DM 400,-.

**Kontakt: Werner Leiden, St. Josefsweiler 25, 5144 Wegberg/Dalheim-Rögden, Tel.: 02436/1371.**

*aus: Lott Jonn, Stadtzeitung für Mönchengladbach und Rheydt, April '80*

## HAST DU FÜR DEIN AUTO EINEN WAFFEN–SCHEIN ?

**oder: der ID spinnt.**

Frankfurt
7. Mai

Als ich heute morgen den Beitrag „Führerschein: es geht auch ohne Fahrschule" sah, packte mich die Wut.

Hast du schon mal einen Obduktionsbericht aus der Gerichtsmedizin gelesen? Ich hatte das gerade hinter mir. Und die Leichenschau hatte viel mit mir zu tun: kurz vor Weihnachten war mir eine alte Frau buchstäblich vors Auto gerannt. Siebenundachtzig Jahre alt, gebrechlich, obendrein an einer schweren Lungenentzündung leidend, hätte sie „längst schon in ein Krankenhaus gehört". Stattdessen hatte sie die Frechheit gehabt, eine Weihnachtsfeier für „Senioren" zu besuchen. Vielleicht hatte sie was getrunken. Polizisten, Ärzte, Passanten überboten sich, mich in meinem Schock und meiner Angst zu trösten: „Sie war selber schuld. „Manche alten Leute sind echt verrückt." „Geheime Todessehnsucht". „Machen Sie sich keine Gedanken." „Sie haben ihr das Leben eigentlich verlängert, denn durch den Sturz kam sie endlich ins Krankenhaus." „Dem Straßenverkehr nicht gewachsen." Ein übereifriger Anwalt erhob Anklage wegen fahrlässiger Tötung, doch wenn es zum Prozeß kommt, bestehen an dessen Ausgang kaum Zweifel. Ich, der Autofahrer, hätte diesen Unfall „nicht vermeiden können". So wird es heißen, und „rechtlich" gibt es daran in der Tat wenig zu deuteln.

Einer dieser schmählich-peinlichen Gewissensprüfungs-Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerer hat es sich zur Gewohnheit gemacht, den „Prüflingen" das gewaltfreie Gewissen abzusprechen, wenn sie Auto fahren. Hämische Begründung: auch mit dem Auto könne ein Mensch anderen das Leben nehmen. Die „Tageszeitung" brachte den Skandal groß heraus – DAS AUTO EINE WAFFE ? –, aber nur für den ekelhaften Zweck jenes Ausschusses war's ein Skandal. Das Auto ist wirklich eine Waffe. Hilflos vor Wut und Entsetzen mußt du tagtäglich zusehen, wie Autofahrer das Leben anderer bedrohen oder liquidieren, auch ohne es zu wollen. Wie im Krieg: wo gehobelt wird, fallen Späne.

Und jetzt Propaganda mit Tips für den Führerscheinerwerb in Alternativzeitungen wie „lott jonn" und ID? Nach einigem Nachdenken erscheint mir meine Ablehnung auch heuchlerisch. Ich fahre seit achtzehn Jahren Auto, ich fahre auch nach dem Unfall weiter. Gewiß fahre ich angespannter als vorher, gewiß denke ich gründlicher vor jeder Fahrt darüber nach, ob's auch mit dem Fahrrad geht. Aber ich fahre Auto. Ich schleppe das Tonbandgerät mit seinen fünfzehn Kilo nicht per Straßenbahn vom Funkhaus und zurück. Dreimarkzwanzig und 150 Minuten bei einer Fahrradentfernung von 25 Minuten . Daß der öffentliche Nahverkehr in Frankfurt wie in anderen Städten ein Hohn ist, weiß jeder, aber wenige tun's konsequent. Unter links, grün, alternativgesinnten Menschen herrscht da eine massive Heuchelei. Denn offen zu dem Auto, das er gleichwohl noch fast suchtartig benutzt, steht kaum einer.

Aber jeder weiß es: das Auto ist ein phantastisches Gerät. Du bleibst trocken, du kannst Freunde, Kinder oder Bücher, Gitarren, Kinderwagen und Fallobst mitnehmen, ohne großes Pakken, einfach rein damit, du kannst dein Ziel ändern, zwischendurch Halt machen. Vor allem waren wir früher, unter der Fuchtel von Elternhaus, Nachbarn und Schule, glücklich übers Auto: mit der Freundin wegfahren, auch spät wegbleiben, irgendwo hinfahren, wo wir Verliebten der Kontrolle entgingen. Autn hieß Freiheit, die beschissensten Werbeslogans entsprachen schlicht der Wahrheit.

Wo die Lösung liegt, weiß ich auch nicht. Sicher ist nur, daß wir bestimmt keine konstruktive Phantasie entwickeln, wenn wir bei der Heuchelei bleiben – wenn wir nicht überlegen, warum wir so schwer vom Auto lassen. Wahrscheinlich kommen wir ab von einem Gedanken, der die bisherige Diskussion – von den Jungsozialisten, die sich als einzige Linke über so was den Kopf zerbrachen, vor allem eingebracht – beherrscht hat: daß wir für den Massenverkehr, gegen den Individual – (gleich Auto–) Verkehr seien. Die U-Bahn-Millionen-Graben durch die Städte vom Bahnhof zum Kaufhof und zurück sind nicht unbedingt die bessere Lösung. Die Amsterdamer Provos setzten die weißen Fahrräder dagegen: wir sind allemal für den Individualverkehr, aber damit noch lange nicht fürs Auto. Phantasien und Entwürfe für Last-Räder, Allwetter-Räder geben Hoffnung: so könnte die Ab-Rüstung im Verkehr aussehen, so könnte die Waffe Auto verschrottet werden.

„Macht nicht den Führer-Schein" (der Führer schuf die Autobahnen nicht zufällig, ist jetzt im Faschismus-Heft der „Autonomie" nachzulesen), „Fahrt nicht mehr Auto" wäre heute noch eine falsche, heuchlerische Parole. Aber bedenkenlos-selbstverständlich Tricks und Tips für die Aufzucht neuer Autofahrer zu verbreiten – ihr spinnt wirklich, ihr Leute von „lott jonn" !

Richard/ID




## GESUNDHEITSGEFÄHRDUNG DURCH GÜTERZUGUNFALL

*BREMEN, 4. Mai*

*Am 28.4.1980 entgleiste im Celler Hauptbahnhof ein Güterzug. Dabei flossen etwa 10.000 Liter "Methylchloroform" aus und verdampften teilweise. Ein Experte bezeichnete in den BREMER NACHRICHTEN diese Substanz "als nicht so gefährlich".*

Methylchloroform wird chemisch als 1,1,1-Trichloräthan bezeichnet und zählt nach Angaben der amerikanischen Gesundheitsbehörde (EPA) zu den mutagenen (erbschädigenden) und möglicherweise krebserregenden Stoffen.

Eine Gefährdung der Einwohner am Unglücksort und der Rettungsmannschaften muß befürchtet werden. Von Fachleuten wird das Tragen von schwerem Atemschutzgerät und voller Schutzkleidung bei der Beseitigung von ausgelaufenem Trichloräthan vorgeschrieben (Hommel: Handbuch der gefährlichen Güter, Merkblatt 196 (1980)).

Die maximale Arbeitsplatzkonzentration (MAK-Wert) beträgt 200 ppm und wurde beim Auffangen der übelriechenden Flüssigkeit in Plastikplanen sicher weit überschritten. Der Geruchsschwellenwert wird mit 100 ppm angegeben.

Eine Gefährdung des Grundwasser ist zu befürchten und sollte über einen längeren Zeitraum kontrolliert werden.

Dieser Unfall zeigt erneut, daß beim Umgang und Transport gefährlicher Güter noch nicht die notwendige Sorgfalt aufgewendet wird. Die Behörden und Rettungsmannschaften scheinen oft in der Beurteilung der Giftigkeit hilflos und bei der sachgerechten Behebung der Schäden überfordert.

Hier müssen Gesetzgeber und Behörden endlich den Rahmen schaffen, der eine derartige ständige Gefährdung entlang der Transportwege durch dicht besiedelte Wohngebiete und in der Nähe von Industrieanlagen verhindert.

**Kontakt: Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.v.**
**Gemeinnütziger Trägerverein des Bremer Arbeits- und Umweltschutz Zentrums (BAUZ)**
**Fehrfeld 6**
**28 Bremen 1**

## MACHER UND EINGEMACHTE

Schwabhausen, April 1980

*In Boxberg, zu dem nach der Gemeindereform Schwabhausen Windischbuch, Bobstadt gehören, fand vor einiger Zeit eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Umpfertalhalle war mit etwa 300 Leuten aus der näheren Umgebung und einigen Interessenten von weiter her gefüllt.*

*Daimler-Benz will zwischen Schwabhausen, Windischbuch, Bobstadt und Assamstadt eine Hochgeschwindigkeitsteststrecke bauen. Der Widerstand gegen dieses etwa 1000 Hektar Land verschlingende Projekt — vor allem von der Bundschuh-Genossenschaft — soll mit dem Argument mundtot gemacht werden, daß endlich Arbeitsplätze geschaffen würden. Daimler-Benz hat mehrere Zulieferbetriebe dazu gebracht, sich im Main-Tauber-Kreis anzusiedeln. Dieser Erfolg der „Strukturverbesserung" sollte auf der Gemeinderatssitzung einer beeindruckten Öffentlichkeit vorgeführt werden. Es traten auf: der Propagandamanager von Daimler-Benz, Helmut Schmidt, der Bürgermeister von Boxberg, Franz Zipperle alias Franz Daimler, Experten, die Chefs oder leitenden Angestellten der Zulieferbetriebe, der Gemeinderat, die Zuhörer.*

*Die folgende Geschichte der Gemeinderatssitzung besteht aus Bildern der Beteiligten. Klaus Schütz, der ehemalige Regierende von Berlin, hat einmal über die Demonstranten auf Berlins Straßen gesagt: Seht euch diese Typen an!*

*Die Bilder aus Boxberg zeigen, warum selbst eine demokratische Veranstaltung, in der Bürger angeblich darüber entscheiden sollen, welche Betriebe sie haben wollen, nur scheinbar demokratisch sein kann: die Statistik der Planer und die glatte Informiertheit der Verkäufer und „Experten" gegen die bloße Lebenserfahrung der Bürger. Glotz in Berlin sieht zwei Kulturen in Deutschland. Hier sind sie: die Macher und die Eingemachten.*

*Karl Sandra*





Zu den Bildern auf den Seiten 13 und 14:

Seite 13 oben: Der Bürgermeister von Boxberg, Franz Zipperle

Seite 13 unten: die Zulieferer



Seite 14 oben: Daimler-Benz-Propagandachef Helmut Schmidt mit Gutachter
Seite 14 unten: die Experten in der vorderen Reihe





Die Zulieferer

Mit großer Gebärde berichteten sie über ihre Unternehmen, deren Geschichte und großartige Zukunft, über die Arbeitsplätze, die sie schaffen, zeigten stolz Modelle ihres geplanten Betriebes vor. Dann standen sie auf und zeigten ihr Produkt: ein gebogenes Stück Metall aus der Presse, ein Teil eines Teils von einem Auto: das Verbindungsstück eines Schalldämpfers

Auf Nachfragen gestanden sie ein: eigentlich könnten sie auch in den Main-Tauber-Kreis übersiedeln, ohne daß die Teststrecke gebaut würde. Warum sie erst jetzt oder gerade jetzt oder schon jetzt auf die Idee gekommen sind, welche Vorteile sie davon haben, oder welche Nachteile sie damit vermeiden — das alles kam nicht zur Sprache. Und wieviele Arbeitsplätze in der Stuttgarter Gegend durch ihren Umzug verloren gehen, konnten sie auch nicht endgültig beantworten.

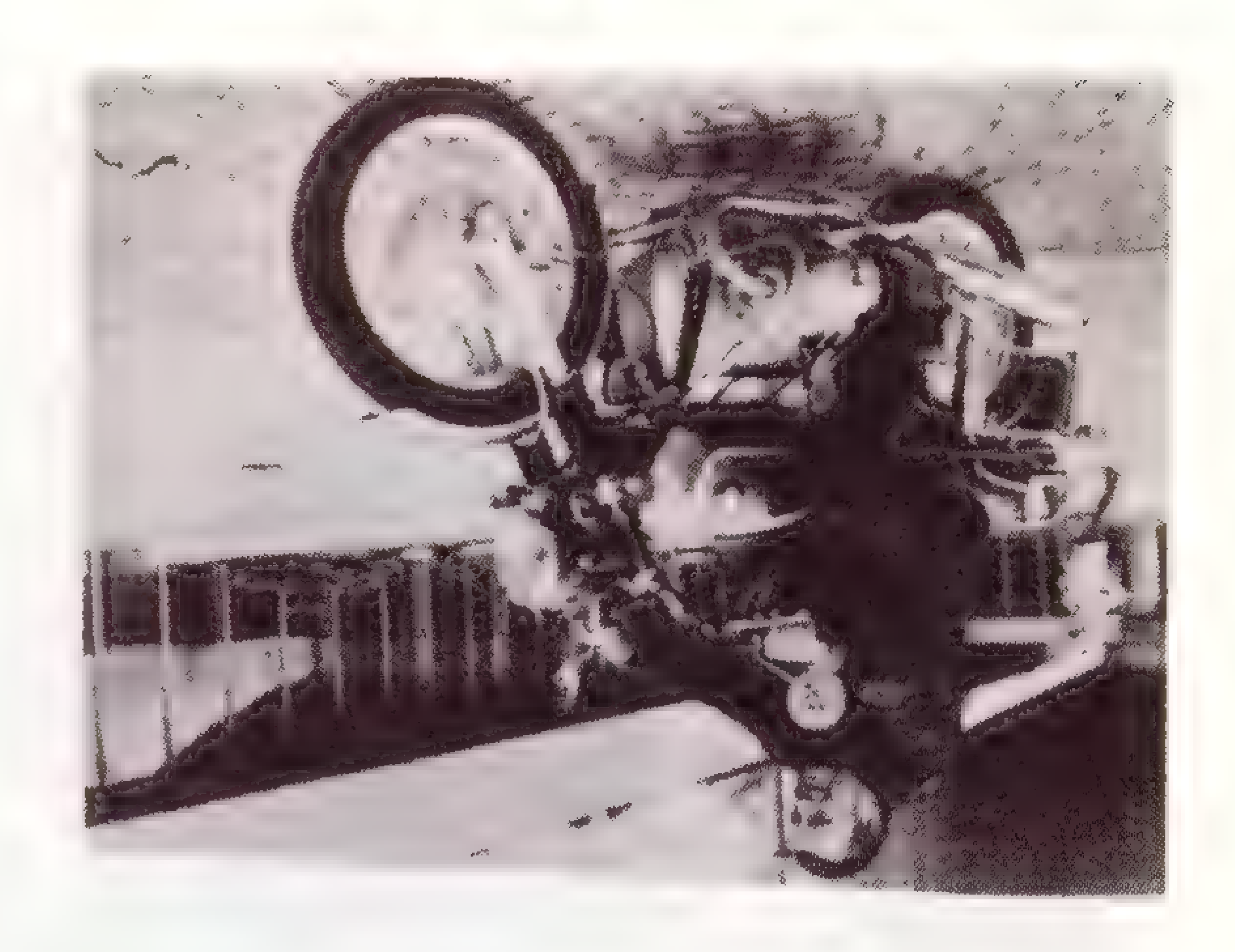
Der Gemeinderat





ZuHörer

# Rosa Front Gegen Strauß



## LIEBER HEUTE ROSA UND AKTIV – ALS MORGEN SCHWARZ UND KALT

HAMBURG 24. April Unter den Mottos: „Franz Josef Strauß darf nicht Kanzler werden", und: „Keine Stimme für eine von Strauß geführte CDU/CSU" hat die Wählerinitiative Rosa Front gegen Strauß einen Aufruf gestartet. Die Initiative versteht sich als ein „Überparteilicher Zusammenschluß von engagierten Einzelpersonen (unabhängig von ihrer eigenen Sexualorientierung) sowie Gruppen, Organisationen, Zeitschriften usw.: ein Zweckbündnis zur Verhinderung eines Wahlsieges der von F.J. Strauß geführten CDU/CSU. Als sich überparteilich verstehende politisch pluralistische Gruppe gibt sie keine Wahlempfehlung, sondern schießt sich vorrangig auf Herrn Strauß ein. Wir zitieren aus dem Aufruf: „Wir sind davon überzeugt, daß eine Kanzlerschaft des jetzigen bayrischen Ministerpräsidenten schwere Rückwirkungen auf die soziale und juristische Situation aller nicht gesellschaftskonformen Minderheiten und insbesondere von homosexuellen Frauen und Männern haben wird..."

Die Rosa Front gegen Strauß will den bestehenden „Freiraum" verteidigen und über die Gefahren aufklären, die durch ein weiteres Vordringen der durch F.J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte auch für Homosexuelle drohen. Niemand bilde sich ein, daß Homosexualität mit Politik nichts zu tun habe. Die Auswirkungen dieser Illusion werden wir alle hautnah zu spüren bekommen, wenn das Straußwort: „Ich will lieber ein kalter Krieger sein als ein warmer Bruder" zum bundesweiten politischen Programm erhoben wird. Politische Veränderungen haben immer auch Rückwirkungen auf das ganz „private" Leben eines jeden homosexuellen Menschen gehabt. Daher gilt es, die aktuellen politischen Veränderungen in unserem Lande besonders ernstzunehmen und sich nicht mit den Worten: „So schlimm wirds schon nicht werden." in falscher Sicherheit zu wiegen.

Antihomosexualität ist nicht nur die Sache von der sogenannten Minderheit der Homosexuellen; jeder Mensch wird von Sexualunterdrückung existentiell betroffen. Nach der Devise „Es ist nicht notwendig, Jude zu sein, um gegen Antisemitismus zu kämpfen" fordern wir deshalb auch alle diejenigen, die sich nicht als homosexuell verstehen auf, die Ziele der Rosa Front gegen Strauß zu unterstützen. Die Rosa Front gegen Strauß ruft alle auf, bestehende „Meinungsverschiedenheiten" zugunsten einer optimalen und solidarischen Zusammenarbeit zurückzustellen angesichts der vitalen Bedrohung unser aller Interessen durch die aktuelle politische Entwicklung. Je einiger wir sind, desto bessere Chancen haben wir für unser gemeinsames Ziel: Strauß darf nicht Kanzler werden!

Lieber heute rosa und aktiv als morgen schwarz und kalt!

**Kontakt: Wählerinitiative Rosa Front gegen Strauß, Postfach 5846, 2000 Hamburg 36**

Knoche – zweiter Zwischenbericht

## WARUM DAS LANDESKRIMINALAMT (LKA) NORBERT KNOCHE NICHT ANKLAGT

*Frankfurt, 7. Mai 1980*

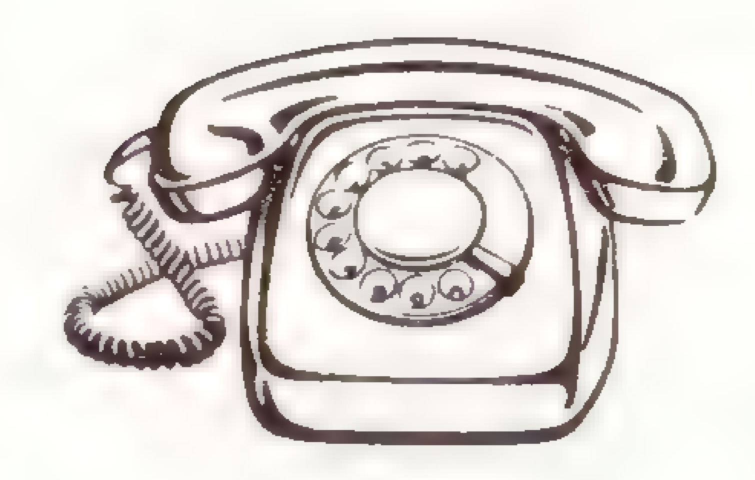
Zur Erinnerung: Im ID vom 18.Januar 80 erzählte Norbert Knoche, damals noch Knacki-Journalist, heute freier Journalist, wie er vom LKA als Spitzel und Informant angeworben wurde und wie er während seines „dienstlichen" Besuches in den Räumen des LKA Niedersachsen feststellen konnte, daß der private Telefonanschluß des niedersächsischen SPD-Landtagsabgeordneten Friedel Bertram abgehört worden sei.

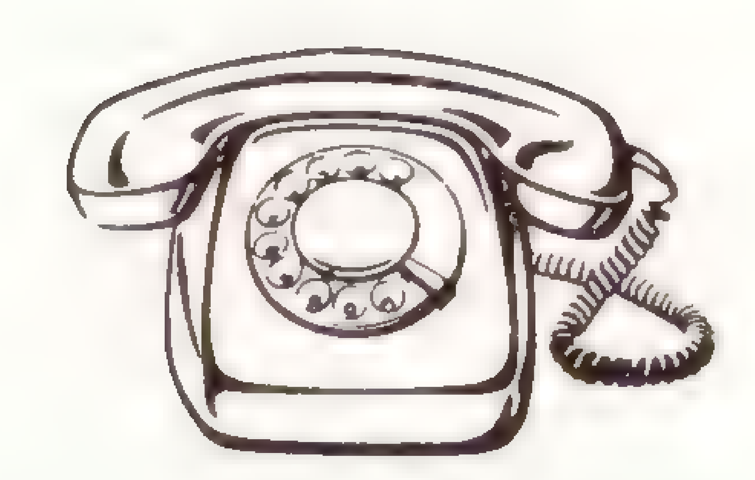
Am 8.Februar brachte der ID einen ersten Zwischenbericht: Der Abgeordnete Bertram forderte eine schriftliche Stellungnahme des niedersächsischen Innenministeriums, Dr. Egbert Möcklingshoff, der ganz empört reagiert hatte: Norbert Knoche hätte sich selbst als Spitzel angeboten, habe aber nichts geliefert und seine Freiheit mißbraucht, um abzuhauen und sich dadurch einen eigenhändigen Knasturlaub zu gewähren.

Von Telefonabhören sei keine Rede. Und, so Herr Zimmermann, der persönliche Referent des Innenministers, zum ID: „Diese Verleumdungen, die da von Knoche in die Welt gesetzt worden sind, werden für Knoche nicht ohne Konsequenzen strafrechtlicher Art abgehen."

Zimmermann weiter: „Wir haben das Landeskriminalpolizeiamt (LKPA), das ja hier genannt worden ist, dem Leiter der LKPA gesagt (. . .), daß wir (gemeint ist der Innenminister, d.Red.) da großen Werk darauf legen, ein Strafverfahren gegen Knoche (. . . ) einzuleiten (. . . )." Jedenfalls, Zimmermann weiter (dieser Telefonanruf fand am 1.Februar 80 statt), haben wir uns eine interne Frist gesetzt, eine schriftliche Untersuchung durchzuführen. . ."





**Wir sollten öfter miteinander sprechen.**

Frage des ID: „Wann ist die abgeschlossen?"

Zimmermann: „Am 15. Februar."

**Die Zeit verging**

Obwohl das niedersächsische Innenministerium versprochen hat, uns auf dem laufenden zu halten, hörten wir nichts weiteres von ihnen. Wir riefen wieder an und erfuhren, daß Herr Zimmermann weg wäre: „Nicht mehr im Hause." Sein





Nachfolger, Herr Sporn, „wußte von nichts". Er wäre „überfragt."

Pressereferent Kloss: „Es wurde ja nie abgehört." Er konnte uns aber nicht sagen, ob es einen Bericht gäbe und was aus dem Strafantrag gegen Knoche wegen Verleumdung und übler Nachrede – zwei Monate vorher noch groß angekündigt – geworden sei.

Er verwies uns weiter an Herrn Burckhardt, Leiter des LKPA. Herr Burckhardt: „Wir haben keinen Strafantrag gegen Knoche gestellt. Wir haben festgestellt, daß Knoche ‚krank, nicht zurechnungsfähig" sei."

ID (überrascht): „Was? Wieso?"

Burckhardt: „Ja, sein eigener Anwalt hat ja beim Gericht vorgesprochen, Knoche sei nicht ‚verantwortlich'. "

ID: „Ja, seit wann denn?"

Herr Burckhardt erklärte uns, daß er sich auf einen Antrag des Verteidigers von Knoche beziehe, der schon seit Monaten vorlag und in diesem die Rede von dem seelischen Zustand Knoches während der Zeit seiner Spitzeldienste ein Jahr zuvor (Januar 79) war. Knoche behauptet, daß er, unter dem Druck des LKPA, einerseits Spitzel zu sein und seinem eigenen Widerstand gegen diese Tätigkeit, in einen seelischen Konflikt geriet und deswegen abhaute und angeblich auch ungedeckte Schecks unterschrieb. Das Verfahren wegen dieser Schecks ist noch anhängig. Aufgrund dieses Schreibens hat das LKPA beschlossen, Knoche als krank, nicht verantwortlich, zu bezeichnen. Es wird also keinen Strafantrag geben.

Gewissermaßen schade. Wir hätten gern vor Gericht gehört, ob, wie und wer wirklich abgehört wurde. MDL Bertram ließ nach etlichen Anrufen über seine Sekretärin sagen: „Ich bin nicht weiter an der Sache interessiert."

Eine Frage: Wenn Knoche krank, nicht verantwortungsfähig vom Chef des LKPA befunden wurde, wieso ist er

a) als Spitzel in Betracht gekommen und

b) jahrelang in Haft gehalten worden?

Diese letzte Überlegung hat vielleicht auch anderen eingeleuchtet. Der letzte Haftbefehl gegen Knoche ist im April aufgehoben worden. Er ist zur Zeit nach drei Jahren Knast auf freiem Fuß.

Max Watts/ID

## DIE VERHAFTUNG DES GEFÄHRLICHEN GEDANKENS

*KARLSRUHE, 23. April 1980*

**Schlußworte zum Agit-Prozeß (s. ID 330)**

*Am 23. April 80 fand vor dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs die Revisionsverhandlung über das Urteil des Berliner Kammergerichts vom 12. Februar 79 gegen die Agit-Drucker statt:*

**1. Zum Paragraphen Achtundachtzig A (Agit-Drucker Martin)**

Im deutschen Presserecht gibt es einen festen Rechtsbegriff: er heißt "die Verhaftung des gefährlichen Gedankens". (Löffler-Ricker, Handbuch des Presserechts, München 1978, S. 154 f.) Dem gegenüber steht der Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes, in dem es heißt, Pressefreiheit wird gewährleistet, und eine Zensur findet nicht statt. Trotzdem sind wir vom Kammergericht wegen Nichtzensur verurteilt worden, und wir sind nicht die Ersten. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind Menschen wegen Nichtzensur und Verbreitung von oppositionellen Gedanken verurteilt worden. Demnach steht der obengenannte Rechtsbegriff von der Verhaftung des gefährlichen Gedankens über dem Grundgesetz.

Der Absatz 1 des Artikels 5 hat offenbar nur Vorzeigecharakter. Denn "diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze". Eines dieser allgemeinen Gesetze ist der § 88a. Der einzige Paragraph, bei dem das Kammergericht nicht auf die Hilfskonstruktion mit § 27 zurückgreifen mußte.

Ein Paragraph, der im Rahmen der sogenannten Antiterrorgesetzgebung in die schon vorhandenen Staatsschutzparagraphen eingereiht wurde. Er geht wie viele andere Teile der Staatsschutzgesetzgebung **nicht** gegen konkrete staatsgefährdende Taten vor, sondern mit ihm kann schon vor der Tat operiert werden. Gedanken, Ideen, Utopien werden verhaftet. Konkreter die Leute, die sie öffentlich äußern. Und nicht nur die. Mit diesem Paragraphen wurden eine Unmenge potentieller Täter geschaffen. Nämlich: Verleger, Autoren, Journalisten, Buchhändler, Plakatkleber, Anzeigenannehmer, Diskussionsveranstalter und Teilnehmer, Buchvertreiber, Zeitungsverkäufer, Spediteure, Drucker usw. Der größte Teil dieser potentiellen Täter hat mit den Inhalten an sich nichts zu tun.

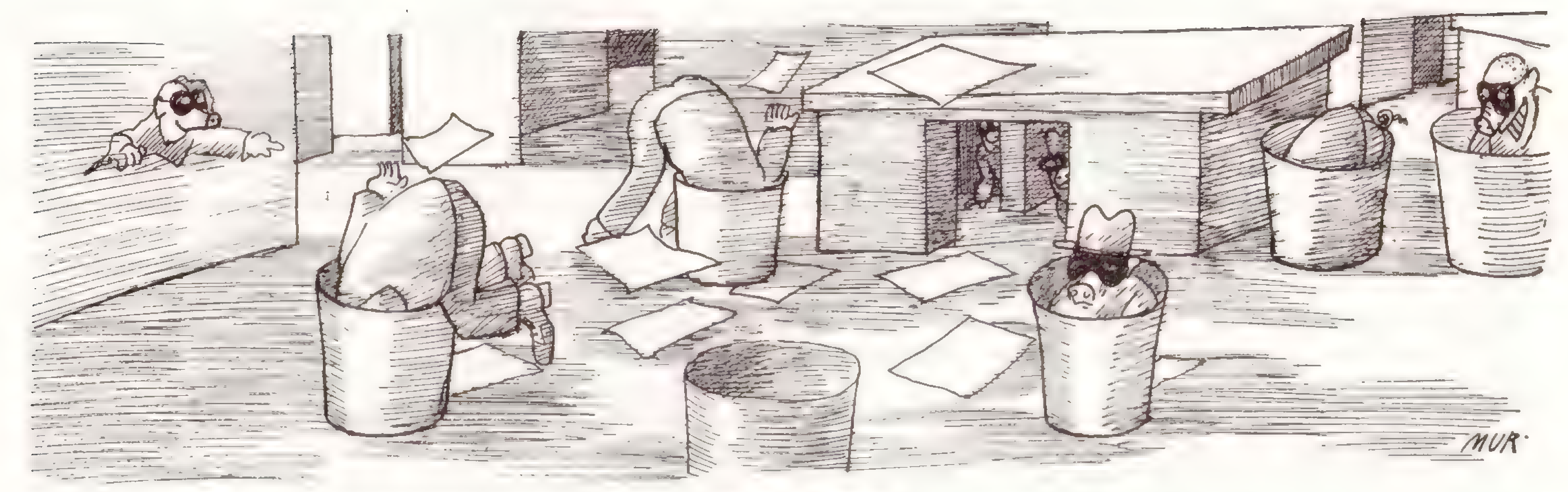
Kann man also verurteilt werden für etwas, das man nicht kennt, das man nur technisch herstellt, vertreibt oder ausfährt? NEIN. Laut Urteil des Kammergerichts gegen uns muß man zumindest Kenntnis nachweisen? Doch wie läßt sich ganz allgemein Kenntnis von den Inhalten nachweisen? Nur über die Aussage des Betroffenen, sollte man jedenfalls meinen. In dem Verfahren gegen uns zeigte das Kammergericht wie es seiner Meinung nach auch geht. Zum einen wurde das Prinzip "in dubio contra reo" angewandt, und da konkrete Kenntnis der einzelnen Artikel trotzdem nicht nachweisbar war, weil eben nicht vorhanden, mußte die Kenntnis der Tendenz der Zeitschrift Info BUG herhalten. Da wir die Tendenz also kannten, meinte das Kammergericht, daß wir das Erscheinen strafbarer Artikel voraussehen mußten. (Urteil S. 43 f.) Demnach also hätten wir das Info vor dem Druck lesen und zweifelhafte Artikel oder Stellen zensieren müssen. Da das weder technisch möglich ist (Zeitaufwand) noch wir die nötigen juristischen Fachkenntnisse hatten, hätten wir die Zeitschrift also garnicht drucken können.

Und gerade der § 88a hat ja nicht nur viele potentielle Täter geschaffen, sondern auch reichlich Unklarheiten. (...)
Aus all diesen Gründen und um sich und anderen nicht den Mund verbieten zu lassen, haben von Anfang an viele Menschen und Gruppen, wie z.B. der Verband deutscher Schriftsteller und die Industriegewerkschaft Druck und Papier, gegen diesen und andere Maulkorbparagraphen protestiert und ihre Abschaffung gefordert. Ein erster Erfolg ist nun erreicht. Die Fraktionen der Regierungskoalition haben einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung des § 88 a eingebracht, der höchstwahrscheinlich noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Es wäre also ein Unding, wenn wir in dieser Situation noch nach § 88a verurteilt werden. Da ich der Meinung bin, daß wir auch in allen anderen Punkten zu Unrecht verurteilt worden sind, fordere ich das Gericht auf, das Urteil aufzuheben.

**2. Zum Paragraphen hundertneunundzwanzig (Agit-Drucker Henning)**

Der 4. Strafsenat des Kammergerichts Berlin erklärte in der Urteilsbegründung unter anderem: "Der Strafrahmen des § 129a Absatz 1 des Strafgesetzbuches ist hier doppelt zu mindern, weil die Angeklagten als Gehilfen mit vermeidbarem Verbotsirrtum diesen Tatbestand verwirklicht haben. Diese doppelte Milderung des Strafrahmens ist zulässig, denn ein Fall des § 50 StGB liegt hier nicht vor. Die auf der Beihilfe beruhende





Schnüffler bei der Arbeit

Milderung ist obligatorisch. Wegen des Verbotsirrtums hat der Senat den Strafrahmen gemildert, weil er zu einer erheblichen Schuldminderung geführt hat". (Das heißt, ohne die angewandten Schuldminderungsgründe eine extrem höhere Strafe.) Weiter führt der Senat an: "In dem so abgesteckten Rahmen der Schuld war allerdings auch zu berücksichtigen, daß die zu verhängende Strafe geeignet sein muß, andere gleichgesinnte Personen von ähnlichen Taten abzuschrecken".

In der Tat wurde der § 129 in der Praxis zur Abschreckung angewandt. Schon allein die Tatsache, daß durch diesen Paragraphen der Justiz, insbesondere der Staatsanwaltschaft, die Möglichkeit gegeben wurde, Verhaftungen und die Anwendung von Haftbedingungen nach eigenem Ermessen durchzuführen. In diesem Zusammenhang sprach im November 1977 Bundesbildungsminister Rohde davon, daß sich in der Bundesrepublik ein Klima des Denunziantentums ausbreite, in dem der kritische Geist mit dem Stigma des Sympathisantentums versehen werde.

In der Gründungserklärung der Gustav-Heinemann-Initiative, die unter anderem vom SPD-Politiker Erhard Eppler und Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, Heinz Oskar Vetter, sowie Walter Jens getragen wird, heißt es: "Heute ist unsere Freiheit durch Angst, Trägheit und Resignation bedroht. Einschüchterung, Abschreckung und Selbstzensur engen den Raum freier Diskussion ein und drängen vor allem junge Menschen an den Rand einer Gesellschaft. Lassen Sie uns allem widerstehen, was durch die Schaffung neuer Gesetze den Raum der Freiheit einengt, den Rechtsstaat aushöhlt und Menschen davor zurückschrecken läßt, von ihren Freiheitsrechten Gebrauch zu machen".

Was gerade die intellektuelle Öffentlichkeit als Gefahr sah, bei der 14. Strafgesetzbuchänderung verdeutlicht ein Urteil des 3. Strafsenats beim Bundesgerichtshof im Januar 1978. Durch den Senat wurde die Anwendung des § 129 StGB den Gerichten leichter, jedoch für die Öffentlichkeit undurchschaubarer gemacht, indem es hieß, daß die Absicht, Straftaten zu begehen, nicht bis zur Vorbereitung konkretisiert werden müsse. Das Bewußtsein, daß es zur Begehung von Straftaten nicht nur beiläufig kommen solle, erfülle bereits den Tatbestand des § 129. (Aktenzeichen: 3 StR 427/77) Mit diesem Urteil erlangte der Paragraph eine völlig neue Bedeutung. Denn danach kann Gericht und Staatsanwaltschaft über das Bewußtsein, über die kritische Gesinnung eines Menschen sich den Weg zum § 129 ebnen. Auf der Basis einer solchen Rechtssprechung wurde auch das Urteil gegen uns ausgesprochen. Ein Urteil, das unter Zuhilfenahme von, meiner Meinung nach, verfassungswidrigen Paragraphen zustandekam.

Ein Staat, der Gesetze schafft, deren Funktion es ist den kritischen Geist der Menschen zu unterdrücken, um einen staatsstragenden Konformismus zu schaffen, ein solcher Staat hat das Recht verwirkt, sich demokratisch und freiheitlich zu nennen.

*Kontaktadresse: Jutta Werth, Kiautschoustr. 49, 1000 Berlin 65, Tel. 030/462-3694*

**Zum Urteil des Bundesgerichtshofes gegen die 4 AGIT-Drucker**

**Vorgeschichte:**

Wegen des Druckens der Zeitung Info-BUG, einem Diskussionsblatt Berliner parteiunabhängiger Gruppen und Einzelpersonen waren am 12.2.79 Jutta, Martin und Henning zu je 9 Monaten und Gerdi zu 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Da im Info verschiedlich Erklärungen der RAF, der Bewegung 2.Juni sowie der Revolutionären Zellen abgedruckt worden waren, sowie Stellungnahmen von Lesern zu Anschlägen dieser Gruppen, waren die vier Drucker für schuldig befunden worden, verfassungsfeindliche Straftaten befürwortet zu haben (§ 88a), Beihilfe zur öffentlichen Aufforderung von Straftaten (§ 111), zur Billigung von Straftaten ( § 140) sowie zur Werbung für terroristische Vereinigungen (§ 129 a) geleistet zu haben.

Wie im ID Nr. 331 schon kurz gemeldet, wurde am 23.April im Urteilsspruch des 3.Strafsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) das Urteil des Kammergerichts gegen die AGIT-Drucker in allen wesentlichen Punkten bestätigt und damit unwiderruflich festgeschrieben. Im juristischen Sinne rechtskräftig wird es dann, wenn das Kammergericht in West-Berlin über die Frage der Aussetzung der Strafe zur Bewährung verhandelt hat. Denn dies war der einzige Punkt, zu dem der BGH Revision zugelassen hatte.

Wie wir schon in dem Bericht vor der Revisionsverhandlung (s. ID NR. 330) geschrieben hatten, sind wir der Auffassung, daß hier ein Urteil gefällt worden ist, das weitreichende Konsequenzen für den Prozeß der politischen Auseinandersetzung hat, und außerdem für die Existenz(un)möglichkeit von linken Zeitungen, Druckereien, Buchläden und ähnlichem.

Wir wollen deswegen an dieser Stelle noch einmal kurz auf die wichtigsten inhaltlichen Feststellungen des Urteils und die Interpretation der einschlägigen Paragraphen eingehen, um dann noch etwas zu den Auswirkungen zu sagen.

— Nach bisher geltendem Presserecht war nur der verantwortliche Redakteur für Inhalte einer Zeitung haftbar. Mit diesem Urteil können jetzt zusätzlich technische Hersteller strafrechtlich verfolgt wreden.

— Die zunehmende Praxis, statt objektiv nachweisbarer Taten die politische Gesinnung zu verfolgen, hat in unserem Fall eine zusätzliche Ausweitung erfahren. Stand bei den Mescalero-Prozessen z.B. noch die Frage der Identifikation der jeweiligen Herausgeber mit dem Text im Vordergrund, ging es bei den AGIT-Druckern nur noch darum, nachzuweisen, daß sie den Inhalt des Info kannten. Und auch dieser Nachweis wurde nicht mehr konkret geführt, sondern konstruiert: Info-Macher wie -drucker sind der linken Bewegung zuzurechnen: also haben beide identische Interessen, deswegen lesen die Drucker auch die Zeitung, kennen darum den Inhalt und befürworten also, leisten Beihilfe zur Billigung, zur Aufforderung, zur Werbung. . . etc.

— Es gilt nicht mehr, daß Gericht und Staatsanwaltschaft nachweisen müssen, daß der Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig ist und wenn das nicht gelingt, in dubio pro reo. Die vier mußten nachweisen, daß sie unschuldig sind. Wer aber kann aussschließen, daß die inkriminierten Artikel eventuell den „Gemeinschaftsfrieden stören" oder „verfassungsfeindliche Ziele" oder gar Gewalt fördern? Also gehen die Richter davon aus, daß sie es tun, natürlich auch ohne das beweisen zu können. Also im Zweifel gegen den Angeklagten.

— Zum ersten Mal wurde in einem presserechtlichen Verfahren der § 129a angewandt, d.h. die Veröffentlichung und Diskussion von politischen Tagesereignissen als Unterstützung bzw. hier als Werbung für terroristische Vereinigungen dargestellt. Das hat zur Folge, daß die mögliche Höchststrafe auf 5 Jahre Gefängnis hinaufgesetzt wird, daß für die Verhängung von Untersuchungshaft keine besonderen Gründe mehr angegeben werden müssen, daß im Fall der U-Haft die verschärften Haftbedingungen wie bei den sogenannten Terroristen gelten, daß ein Prozeß vor der höchsten Instanz (d.h. Kammergericht in Berlin, ansonsten das Oberlandesgericht) stattfindet, wonach nur noch Revision beim BGH möglich ist.

Was die angewandten Paragraphen angeht, so hat der BGH ausdrücklich bestätigt, daß sie zurecht auch auf die Drucker angewendet worden seien. Auch die Konstruktion mit der Beihilfe (zur Werbung für terroristische Vereinigungen, zur Billigung von Straftaten etc.) ist rechtskonform. Wenn einer verfassungsfeindliche Inhalte auch nur abdruckt, so leistet er doch seinen Beitrag zur Verbreitung, also muß er auch mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

So einfach ist das alles.

**Nur: was hat das für Konsequenzen?**

Als wichtigstes heißt das, daß in Zukunft jedes Blatt, das die Diskussion über die Frage der politischen Gewalt führt, das also Erklärungen von Stadtguerillagruppen oder ihren Mitgliedern abdruckt, das Stellungnahmen dazu veröffentlicht, die sich nicht in dem von der Justiz definierten „verfassungskonformen" Rahmen bewegen, damit rechnen muß, kriminalisiert zu werden. Und natürlich nicht nur die, die die Zeitung machen, sondern auch die, die die Artikel fotographieren, montieren, drucken, die die Zeitung binden, sie vertreiben, verkaufen und selbstverständlich auch die, die sie lesen und womöglich noch zu Hause aufbewahren. (Lest in Ruhe mal die einschlägigen Paragraphen vom 88a bis 140 durch. Ihr werdet euch wundern, wieviel kriminelle, ja verfassungsfeindliche Taten ihr tagtäglich in aller Bescheidenheit begeht). D.h. zwar sicher nicht, daß morgen bei allen linken Blättern die Polizei und Staatsanwaltschaft auf der Matte stehen wird; denn zur Zeit herrscht ja mal wieder etwas Ruhe im Land. Es heißt aber, daß das entsprechende Instrumentarium geschaffen worden ist, für den Fall, in dem es politisch opportun erscheint, zuzugreifen und unliebsame Informations- und Berichterstattungsmöglichkeiten auszuschalten.

Wir müssen uns also überlegen, was wir HEUTE für Maßnahmen treffen können, um nicht eines schönen morgens aufzuwachen und feststellen zu müssen, daß wir keine Möglichkeiten mehr haben, die Diskussionen zu führen, die wir führen wollen und führen müssen. Denn der Fall AGIT lehrt auch, daß wir, falls es erst mal zum Prozeß kommt, jedenfalls in den entscheidenden oberen Instanzen keine Chancen haben. Wir müssen also mal wieder drangehen und uns etwas einfallen lassen, wie wir uns politisch zur Wehr setzen können.

Wir werden uns zu diesem Thema auch zu Wort melden.

Und nun zum Schluß, das schöne Thema Geld. Da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, liegt noch keine Rechnung der Justizkasse vor. In jedem Fall müssen wir aber den Prozeß bezahlen, da es zu einer Verurteilung und nicht zu einem Freispruch gekommen ist. Wir rechnen mit Kosten in Höhe von ca. 54.000 DM für die drei Anwälte (der vierte wurde schon bezahlt), sowie Gerichtskosten in Höhe von ca. 30.000 DM, zusammen also an die 85.000 DM. Der Stand des Spendenkontos betrug Mitte März 33.000 DM. Es fehlen also noch gute 50.000 DM. Wir möchten uns bei allen, die bisher Geld gespendet haben, dafür sehr herzlich bedanken und gleichzeitig alle anderen, die sich auch von diesem Prozeß und diesem Urteil betroffen fühlen, dazu aufrufen, sich durch Beteiligung an den Prozeßkosten mit den verurteilten Druckern zu solidarisieren.

**Spendenkonto: Helga Wullweber Berliner Bank, Kto.Nr. 3 349 355 303, Kennwort: Agit-Drucker**

**oder**

**Postscheckkonto Nr. 145 90 - 108, Postscheckamt Berlin-West, Helga Wullweber, „Sonderkonto Agit"**





# AUFRUF

*STUTTGART, 7. Mai*

*Von verschiedenen politischen Gruppen in Stuttgart kommt dieser Demonstrationsaufruf:*

Um unsere Solidarität mit unseren gefangenen Genossen aus der Guerilla offensiv auf die Strasse zu tragen und mit ihnen zusammen gegen ihren Geiselstatus in den Knästen und der Liquidationsfahndung draussen zu kämpfen, rufen wir auf zu einer

**Demonstration am 17. Mai in Stuttgart**

Treffpunkt: am Mahnmal gegen den Faschismus (am Karlsplatz) Stuttgart um 11 Uhr

**Für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla in Gruppen zu 15**

Während ihres letzten Hungerstreiks haben die gefangenen Frauen aus der RAF in Lübeck die Forderung aufgestellt, daß Hanne Krabbe, Angela Speitel, Verena Becker und Irmgard Möller zu ihnen nach Lübeck verlegt werden. (s. ID 322). Durch ihren Widerstand und den Aktionen draußen (Demonstrationen, Besetzungen) wurde dem Staatsschutz die Zusage abgerungen, daß Irmgard nach Lübeck verlegt wird.

Bisher ist nichts dergleichen geschehen. Es liegt an uns soviel Druck zu schaffen, daß diese papierene Zusage Wirklichkeit wird und Irmgard tatsächlich nach Lübeck kommt!

Und daß Hanne, Verena, Angela ebenfalls **jetzt sofort** nach Lübeck verlegt werden !!!

**Sofortige Zusammenlegung von Günter Sonnenberg mit einer größeren Gruppe von politischen Gefangenen**

Günter kämpft seit dem 21. April 1980 in einem unbefristetem Hungerstreik um die Durchsetzung seiner Forderungen:

1. Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu Gruppen von mindestens 15 Gefangenen,
2. Zulassung von Ärzten des Vertrauens,
3. Kontrolle der Haftbedingungen durch internationale Gremien,
4. Informationsfreiheit (keine Beschlagnahme von Post, Zeitungen und Zeitschriften),

Günter hat außerdem der Knastleitung gegenüber erklärt, er werde zusätzlich in den Durststreik treten, falls bei ihm mit einer Zwangsernährung begonnen wird oder falls er auf den Hohenasperg zurückverlegt wird.

Darüberhinaus fordern wir: Schliessung aller Vernichtungstrakte!! Freilassung von Günter Sonnenberg !!



## GEFANGENER WEGEN URLAUBSSPERRE IM HUNGERSTREIK

*Schwerte, 7.5.80*

*Seit dem 17.4.80 befindet sich der Gefangene Walter Karius im Knast Schwerte in einem unbefristeten Hungerstreik, um so gegen eine Urlaubsablehnung zu protestieren. In einer Erklärung nennt Walter die Gründe, warum er in den Hungerstreik getreten ist:*

Ich stellte am 3.4./7.4./10.4. je einen Urlaubsantrag. Diese drei Anträge wurden mir abgelehnt. Beim ersten begründet sich die Ablehnung darauf, daß ich erst im Dezember 79 festgenommen wurde (werde ich noch näher erklären).

Beim zweiten Antrag wurde es dann begründet: Ein falscher Urlaubsparagraph wurde angekreuzt. Beim letzten dann faßte man von seiten der Anstaltsleitung einfach die Ablehnungen zusammen. Wahrscheinlich hatte man keine neuen Gründe mehr finden können.

Ich benötige den Urlaub sehr dringend, weil meine zukünftige Ehefrau im Januar 80 ein Kind geboren hat; ich bzw. wir eine Ehe anstreben und ich aus diesen Gründen den Kontakt zu Frau und Kind festigen will. Dieses wird mir aber durch die Anstaltsleitung der JVA Schwerte unmöglich gemacht.

Man wirft mir vor, meinen letzten Urlaub mißbraucht zu haben, dem ist aber nicht so. Meine Urlaubsüberziehung war eine familiäre Sache.

Die Anstaltsleitung begründet ihre Ablehnung mit dem Mißbrauch des Urlaubs, wie es in dem Vollzugsgesetz festgelegt ist. Aber in dem gleichen Vollzugsgesetz heißt es auch: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen!" Die soziale Verantwortung wird mir vorgeschrieben, in dem man mir den Kontakt zu meiner zukünftigen Frau und meinem Kind erheblich erschwert und stört. Dieses kann und darf nicht der Sinn und das Ziel des Vollzugs sein!

Durch die Entscheidung der Anstaltsleitung werden soziale Bindungen bedenkenlos zerrissen, und um gegen diese Unmenschlichkeit zu protestieren, entschloß ich mich zu einem unbefristeten Hungerstreik, den ich erst dann abbrechen werde, wenn man mir, auch als Gefangener, mein Recht auf Menschsein zugesteht!

Ich brauche Hilfe!

**Kontakt: Walter Karius, Gillstr. 1, 5840 Schwerte 4.**

## ENTWEDER DU BIST EIN TEIL DES PROBLEMS ODER EIN TEIL DER LÖSUNG

*Am 15.4.80 um 21.30 Uhr wurde die Bühne des Ballhof-Theaters Hannover, wo gerade das Stück „Zufälliger Tod eines Anarchisten" von Dario Fo weitergespielt werden sollte, von 10 Genossen/innen besetzt.*

Mit dieser Intervention wollten wir die Nachrichtensperre durchbrechen und mal das öffentlich sagen, was wir finden, was mal gesagt werden muß. In unserer Überlegung, dieses Stück dazu zu benutzen, sind wir allerdings mehr von dessen politischen Inhalt ausgegangen und nicht so sehr davon, daß durch den bürgerlichen Kulturbetrieb halt jeder Inhalt pervertiert, konsumierbar gemacht wird.

Es ging auch den Schauspielern nicht um ne Auseinandersetzung, sondern darum, daß die Maschine läuft, daß sie das Ding runterspielen wollten, genauso wie sie jeden Scheiß runterspielen.

Als die Kulturkonsumenten geschnallt hatten, daß wir nicht zum Stück gehören, sondern was zu sagen hatten, haben die Arschlöcher ne große Schnauze gekriegt, die den Gegenwert für ihr Eintrittsgeld, nämlich Konsum, haben wollten und nichts anderes. Viele, die unsere Aktion gut fanden, haben sich nicht getraut, was zu sagen. Auf das Angebot, doch nach Ende des Stücks zu diskutieren, haben wir uns nicht eingelassen, sondern sind dann gegangen.

Wie bedrohlich so 'ne kleine Unterbrechung, Störung, des normalen Ablaufs ist, wird klar, dadurch, das schon nach 10 Minuten die Bullen da waren, die dann allerdings von dem Regisseur wieder weggeschickt wurden. Für uns hats gezeigt, das es Möglichkeiten gibt, zu intervenieren. Und das nur dadurch, daß man sie nutzt, weitergehen kann, daß man nur dadurch besser werden kann.
Wir fordern euch auf, diese Erklärung zu diskutieren, zu veröffentlichen, weiterzuverbreiten.
Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht!

## ERKLÄRUNG DER THEATERBESETZER

Wir ändern jetzt mal den Ablauf dieser Vorstellung, und machen die Realität des Landes, in dem wir leben, zum Thema. Weil wir denken, das politisches Theater nur dann ne Relevanz hat, wenns ne Auseinandersetzung um die politische Realität und damit unser Leben, provoziert. Tut es das nicht, wirds genauso Konsum, wie n Western oder Millowitsch. Für Dario Fo ist sein Theater jedenfalls erstmal politisches Kampfmittel, um damit Auseinandersetzung, Subjektivität und damit auch Handeln zu provozieren.

Entweder bist du ein Teil des Problems –
Das Problem mit dem sich hier jeder täglich konfrontiert sieht, ist, das alle Bereiche des Lebens so durchstrukturiert sind, das sie undurchschaubar und allmächtig scheinen, das man selbst nur noch zu funktionieren hat. Als Ersatz für selbstbestimmtes Handeln, für Menschenwürde, soll nur noch die Wahl zwischen den unterschiedlichen Erscheinungsformen der Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung durch den 24-Stundentag, den das System der Menschenfresser uns aufzwingen will, möglich sein. Also die Wahl zwischen Fließband und Großraumbüro, die Wahl zwischen 1. und 2. TV-Programm. Die Wahl zwischen Bild und HAZ, die Wahl zwischen langsamer, schleichender Zerstörung und schnellem Tod.

Um seine politische, ökonomische und militärische Macht zu erhalten, nimmt der Apparat Millionen Tote und zerstörte Menschen in Kauf. In der BRD bringt sich alle 45 Minuten ein Mensch selbst um, und mindestens 10 andere versuchen es. Zig Tausend Menschen, die unter diesen Bedingungen nicht mehr funktionieren wollen oder können, verschwinden in den Psychiatrien und werden dort völlig rechtlos und ausgeliefert, durch Zwangsmaßnahmen, die von Eingriffen ins Gehirn, Elektroschock bis zu den Psychodrogen reichen, endgültig kaputtgemacht, zu Hülsen gemacht, die nicht mehr denken, fühlen, kämpfen können. Viele Menschen können ihr Leben hier nur noch ertragen indem sie ihre Wut, ihre Verzweiflung, ihren Hass und ihre Hilflosigkeit mit Alkohol, Psycho- und anderen Drogen verdrängen, zuschütten.

Dazu kommen jährlich zig Tote durch Arbeitsunfälle, dazu kommen 13 000 Tote durch Verkehrsunfälle.

Jeder, der hier keine Funktion mehr hat, weil er zu alt oder zu krank ist, soll nur noch auf seinen Tod warten, isoliert und abgeschoben in sog. Heimen. Das Elend in den isolierten Konsumeinheiten, genannt Familien, zeigt, das sich die aufgestauten Aggressionen dann gegeneinander richten, schlagende, besoffene Typen, geschlagene Frauen, geschlagene, manchmal erschlagene Kinder.

Das ist Freiheit und Demokratie in der BRD.
Ursache dafür ist, das das Herrschaftssystem BRD auf allen Ebenen, in allen Bereichen abgewirtschaftet hat, nichts positives, keine Entwicklungsmöglichkeit mehr zu bieten hat, und deshalb alles, was sie tun und tun müssen, um ihre Macht zu erhalten, letztlich auf Vernichtung rausläuft. Die alltägliche, schleichende Zerstörung durch die Strukturierung der Gesellschaft, aller Lebensbereiche, die tausend subtile Mechanismen ist die Bedingung dafür, das sich hier nichts regen soll, damit sie ihre Projekte duechziehen können.




Das ist die in Kauf genommene Vernichtung durch die Ökonomie, durch die Betreibung von Atomkraftwerken, durch die gesamte Nukleartechnik, durch die es ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hier nicht mehr gibt. Ebenso durch die Großtechnologie und Industrie, die so betrieben wird, das, außer der Produktion minderwertiger und unnützer Dinge, vor allem erstmal die Erde ausgeplündert, wertvolle Rohstoffe vergeudet, die Natur zerstört, die Umwelt vergiftet wird. Das ist weiter die in Kauf genommene und vorgeplante Vernichtung durch die Rüstung und Aufrüstung, wobei das, was sie als Verteidigungskonzept anbieten, darauf rausläuft, Westeuropa und vor allem die BRD, in eine vor Atomsprengköpfen, Mittelstreckenraketen und allen möglichen anderen modernen Vernichtungswaffen strotzende Waffenkammer zu verwandeln. Was sie damit vorhaben, wie sie sich hier Verteidigung denken, hat Bundeskanzler Schmidt 1975 so formuliert: Die Bundesrepublik ist nur um den Preis ihrer eigenen Vernichtung zu verteidigen.

All das ist zwar einerseits Ausdruck der Macht und Stärke des Apparats, zeigt aber auf der anderen Seite auch ihre Angst vor ner radikalen Bewegung gegen sie, eben weil sie wissen, das niemand freiwillig so leben will, das es in jedem Menschen den Wunsch nach Freiheit, Würde, Selbstbestimmung gibt, und das die Verwirklichung dieser Ziele nur gegen sie, durch die Zerstörung ihrer Macht und ihrer Apparate und Strukturen möglich ist. Deshalb zielen auch alle Strukturen, alle Machtinstrumente darauf ab, die Sinnlosigkeit des für sich Seins, die Unmöglichkeit des Kampfes und des Sieges gegen sie, zu behaupten.

Das funktionierte für sie nur solange, wie es keinen radikalen Widerstand gab, an dem der Schein bricht, an dem das, was sie machen und wollen, nämlich verdeckter Krieg gegen die Menschen, offen wird.
Gebrochen ist die Maske durch den Kampf der RAF und anderer antiimperialistischer Gruppen, die durch sich selbst, durch ihre Aktionen, die Möglichkeit des Angriffs und damit auch die Möglichkeit des Sieges vermittelt haben und vermitteln. Deshalb ist die Strategie des Staates gegen die RAF und seit es politische Gefangene gibt, auch gegen sie, einkreisen, isolieren, vernichten.

Seit es in der BRD politische Gefangene gibt, seit 10 Jahren, wird gezielt und systematisch mit allen Mitteln versucht, sie zu vernichten. Ihre politische Identität, ihren Widerstandswillen.

Es geht nicht darum, zu sagen, das in der BRD gefoltert wird, das geben die Herren, ob sie nun klug, Baum oder Meyer heißen, inzwischen selber zu, worum es geht, ist, das diese ganze Vernichtungsmaschinerie, mit ihrer verwissenschaftlichten Folterforschung, ein klares Ziel verfolgt.

Till Meyer sagt dazu im Prozeß in Berlin: „Ziel ist nicht allein die Zerstörung des gefangenen Revolutionärs durch jahrelange Isolation, also die sichtbare und offene physische Zerstörung, die sie erzeugt, sondern die Aufgabe der politischen Identität und des Widerstandswillens, die dann als politischer Entwicklungsprozeß begriffen und propagiert werden soll, also der Verrat an der eigenen Geschichte und dem , was einen zum revolutionären Kampf brachte, soll als ‚Lernprozeß' vermittelt werden." Darüber soll die Sinnlosigkeit des Kampfes überhaupt behauptet werden, um damit jeden Ansatz, jede Möglichkeit hier zu fundamentaler Opposition und radikalem Widerstand zu kommen, als aussichtslos in den Köpfen der Menschen festzuschreiben.

Die Morde an den politischen Gefangenen sind Beispiel dafür, das wenn es ihnen nicht gelingt, die zerstörten Kämpfer zu präsentieren, wenn sie eben weiter kämpfen und gerade kämpfen, dann bleibt nur noch der Mord. Was sie mit den Morden an Holger Meins, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, töten wollten, waren nicht nur die Menschen, sondern es war das, was sie verkörpert haben, Stärke, Mut, Konsequenz, und, das antiimperialistischer Widerstand in diesem Land nicht nur nötig ist, sondern das er möglich ist.

Anderer Ausdruck der selben Strategie ist, das keine Gefangenen mehr gemacht werden, die Revolutionäre stattdessen erschossen werden. Wie zuletzt bei Willi Peter Stoll, Michael Knoll Elisabeth van Dyck und versucht bei Rolf Heißler. Die selben Spezialkommandos werden auch eingesetzt gegen Demonstranten, Hausbesetzer, AKW-Gegner, Bankräuber, und manchmal treffen sie auch einfach so: vor 2 Wochen erschoß ein MEK-Kommando bei einer Straßenkontrolle einen Arbeiter, Präzisionskopfschuß.



Dario Fo in der Rolle des Anarchisten

Um die Sache, das Widerstand hier nötig und möglich ist, aus den Köpfen der Menschen rauszufixen, rollte und rollt die Walze der psychologischen Kriegsführung mit Hetze, Lügen und Drohungen.
Jeder Ansatz von relevantem Widerstand, bis hin zur Gesinnung, wird kriminalisiert. Die Erfassung der gesamten Bevölkerung, besonders jedes „abweichende" Verhalten läuft über die Computer. Dazu gehören Gesinnungsprüfungen, Berufsverbote, Rasterfahndung, bis zum KOB an der Ecke.
Die Listen für die großen Executivschläge sind schon in Herolds Karteien.
Die Konsequenz kann nur heißen, nicht zu warten, bis man abgeholt wird.

Das heißt auch, das Gerede von der sogenannten weichen Welle des Innenministers Baum, als das zu nehmen, was es ist: die andere Seite der Medaille, der Versuch uns weismachen zu wollen, das man nicht kämpfen muß, das alles nicht so schlimm ist.
Wir haben damit nichts zu tun und wollen damit nichts zu tun haben.
Diese Aktion ist unser Beitrag im Kampf gegen die Vernichtung der politischen Gefangenen.
Weil wir es nicht hinnehmen, daß die Regierung über Leichen geht.
Weil wir wissen, das hier jeder um sein Recht zu leben, und nicht zu vegetieren, kämpfen muß.

Unsere Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen, und allen anderen, die angefangen haben Widerstand zu leisten, heißt:

- das wir den Kampf gegen Unterdrückung, Isolierung und Vernichtung gemeinsam führen
- das wir gegen den gleichen Feind kämpfen
- das wir uns in diesem Kampf nicht trennen lassen von der Guerilla, einer Trennung, an der nur die Herrschenden interessiert sind.

Weil es darum geht, sich nicht an die monumentale, demonstrative Vernichtung der Genossen zu gewöhnen.
Weil die Vernichtung in den Trakten nur solange laufen kann, wie es ihnen gelingt, das heimlich zu tun.
Weil ein entscheidendes Mittel dazu die Informationssperre durch sämtliche Medien, egal ob TV, Radio, Zeitungen ist, die Informationssperre zu brechen, ist ein Ziel dieser Aktion.

Im Februar diesen Jahres, haben sich die gefangenen Frauen in Lübeck, Anne Reiche, Christa Eckes, Inga Hochstein, Christine Kuby, Brigitte Asdonk, nachdem sie durch ein Rollkommando in den neuen Vernichtungstrakt verschleppt worden waren, zunächst die Verlegung nach Hamburg, und damit raus aus dem Trakt, erkämpft.
Ihr Ziel war und ist es, sich Bedingungen zu erkämpfen, unter denen ein Überleben im Knast, das heißt, überleben als politische Kämpfer, möglich ist. Das heißt, gegen die Zerstörung durch Trakte und Isolation ihre politische Identität zu setzen, das heißt als Bedingung dafür: Zusammenlegung zu größeren Gruppen.
Sie fordern ihre Zusammenlegung insbesondere mit Gefangenen, die bisher völlig isoliert sind, wie Irmgard Möller in Stammheim, Hanna Krabbe und Angelika Speitel in Köln-Ossendorf und Verena Becker.

Dieser Kampf wurde durch mehrere Aktionen unterstützt, wie die Besetzung der Schaubühne am Halleschen Ufer und des Büros von amnesty international in Berlin, die Demonstration von 1500 Genossen und Genossinnen am 23.2. in Hamburg, und die Besetzung des Daches des Amerikahauses in Hamburg am 4.3. durch die eine Sendung über die Inhalte der Besetzung im NDR II erreicht wurde.

All das zeigt, das es möglich ist, zu intervenieren, und das diese Aktionen dazu beigetragen haben, das die Vernichtung in den Trakten nicht ungestört läuft.

Die Zusage, das Irmgard Möller, die einzige Überlebende des Massakers von Stammheim, die seit dem totalisoliert ist, jetzt nach Lübeck verlegt wird, zusammen mit anderen gefangenen Frauen, ist ein Schritt hin zur Durchsetzung der Forderung nach Zusammenlegung, ist ein Schritt weiter im Kampf gegen den Vernichtungsvollzug.

Wir sagen, das jeder hier ne Verantwortung hat, zu handeln, genauso wie wir die für verantwortlich erklären, die gegen den Nazi-Faschismus keinen Widerstand geleistet haben.
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns!
An wem liegt es, wenn sie abgeschafft wird? Ebenfalls an uns!
Deshalb fordern wir jetzt die Öffentlichkeit hier, vor allem die linke Öffentlichkeit auf, diese Erklärung zu verbreiten und sich zu überlegen, wie die Forderungen der Gefangenen unterstützt und durchgesetzt werden können.

Die Forderungen lauten:
Zusammenlegung zu größeren Gruppen von Gefangenen aus der RAF und anderen sozialrevolutionären Gruppen, insbesondere mit Gefangenen, die bisher völlig isoliert waren.
Kontrolle der Haftbedingungen der politischen Gefangenen durch die internationale Kommission zum Schutz der politischen Gefangenen.
Solidarität mit den bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Widerstandsgruppen in Westdeutschland und Westeuropa!

**Letzte Nachricht von den Anwälten zu den Lübecker Frauen:
Über Brigittes Verlegung nach Bielefeld in den Normalvollzug wird Mitte Mai endgültig entschieden. Die Anwälte nehmen an, positiv.
Zur Verlegung von Irmgard von Stuttgart nach Lübeck: Da scheint es Baden-Württemberg nach der vorläufigen Zusage nun doch etwas flau zu werden. Die Zusage besteht zwar, aber im Moment wird versucht, sie zu verwischen. Also: Weitere Aktionen, die öffentlichen Druck in Richtung Zusammenlegung ausüben, damit die Zusage auch erfüllt wird!**

## DEUTSCH-FRANZÖSISCHE BREMSBELÄGE – EIN FORTSETZUNGSBERICHT

*Hamburg, 7. Mai 1980*

*Im ID vom 1.2.80 berichtete der Gefangene Karl-Heinz Galander aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Santa Fu in Hamburg, Am Hasenberg 26, unter anderem darüber, wie nicht nur Gefangene Drähte durch Zettel für Valvolin Motoröl ziehen, sondern auch sogar Beamte „abseits von allen" Bremsbeläge umpacken:*

*„Die Beamten nehmen Automobil-Bremsbeläge aus Kartons, auf denen das eintragene Markenzeichen „Made in France" zu lesen ist und packen Beläge in Kartons, auf deren „Jurid"-Made in Germany" steht."*







*Wir riefen bei der deutschen Firma Jurid an. Wir wollten,*

Die Saarbrückener Filiale: Ja, bitte, 17,35 DM plus MWSt usw., Postpäckchen kommt ca. auf 25 DM.

*ID: Haben Sie ABEX-PAGID?*

Jurid: Nein, wir verkaufen keine ABEX-PAGID.

*ID: Wo kommen die Bremsbeläge her?*

Jurid: Von unserem Werk in Hamburg.

*Anruf bei Jurid-Werke in Hamburg:*

*ID: Bremsbeläge für Peugeout 104?*

Jurid: ja, natürlich.

*ID: Sind das französische?*

Jurid (Herr Wolf): Nein, wir produzieren sie hier.

*ID: Sind es dieselben wie die französischen ABEX?*

Herr Wolf: Nein, aber ABEX ist ja ein Konkurrent von uns. Die benützen ja natürlich ein anderes Material.

*ID: Welches ist besser?*

Wolf: Ja, wenn Sie mich fragen, Jurid.

*Gefragt, ob Jurid Verträge mit dem Gefängnis in Santa Fu hätte, sagte Herr Wolf:*

Nein, nein.

*Wir hakten nach. Herr Wolf weist uns an eine andere Abteilung, an einen Herrn Feige. Herr Feige steckt im Verkauf für Bremsbeläge Inland:*

Ich kann Ihnen von unserer Seite aus sagen, von der Vertriebsorganisation in Deutschland her, daß uns die PAGID nicht beliefert.

*Wiederholt kommen wir darauf zurück, wiederholt:* Nein, PAGID haben wir nicht, wir machen das selbst.

*ID: Haben Sie überhaupt einen Vertrag mit dem Gefängnis am Hasenberg in Hamburg?*

Herr Feige: Das ist mir unbekannt.

*ID: Oh. . .*

Feige: Das kenne ich nicht.

*ID: Nach unserer Quelle werden in der JVA am Hasenberg Bremsbeläge aus PAGID-Kartons umgepackt und als JURID rausgeschickt.*

*Langes Schweigen.*

Feige: Ach so, Sie meinen. . . daß JURID PAGID-Beläge eingekauft hat?




*ID: Ja (schon seit zehn Minuten sagen wir dasselbe).*

Feige: Ja, das geht an, und zwar in ein ganz . . . ahäm . . . Satz, den wir einkaufen mußten, weil wir nicht in der Lage sind, diesen Belag kurzfristig auf die Beine zu stellen. Deswegen haben wir da. . . ein paar Satz eingekauft, damit wir überhaupt den Kunden etwas anbieten können für den und den Fahrzeugtyp. Das war aber ein Satz nur. Den haben wir vor kurzem bestellt.

*ID: Die Frage, die ich mir stelle: Sie kaufen diesen Satz von PAGID ein und er wird dann weiterverkauft. . .*

Feige: Er wird weiterverkauft. . . das sind schon mal so Geschäfte, die man macht, um den Kunden jetzt wegen einem Satz nicht rauszujagen und zu PAGID zu treiben, da machen wir praktisch. . .ein. . . wie sagt man das so, ein Goodwill-Geschäft, in dem man diesen . . . mitanbieten kann. . .

*ID: Ja. Aber bieten Sie ihn als JURID an?*

Feige: Ja. Wir. . .er. Nein. . . Wir bieten ihn als Handelsware an.

*ID: Aber. . . als Erzeugnis der JURID?*

Feige: Nein, nicht als Erzeugnis der JURID. Als Handelsware.

*ID: Ein Satz, was bedeutet das?*

Feige: Das ist eine Scheibe, für ein Fahrzeug. . . ein Wagen. .

*ID: Ah, ein einziger. Aber warum wurde das dann in einem Gefängnis bearbeitet? Ein einziger?*

Feige: Ja, das kann durchaus sein, daß das eine Hilfsstation für uns ist, die da für uns umpackt oder so was, irgendwie ein Billigbetrieb, weil das für uns zu teuer wird, hier.

*ID: Aber es handelt sich nur um ein einziges Fahrzeug?*

Feige: Soviel ich weiß, ja.

*ID: Wenn Sie das dann weiterverkaufen, weiß der Kunde, daß er einen PAGID kriegt?*

Feige: Ja.

*ID: Aber es steht JURID auf dem Paket?*

Feige: Ja, das macht nichts.

*ID: Das Gefängnis. . .*

Feige: Das hat hier sicherlich als Hilfsfunktion, als Hilfsbetrieb funktioniert.

*Kommentar: Na gut, ein einziger Satz, wir werden uns nicht darüber aufregen. Aber vorsichtshalber schrieben wir an Karl Heinz Galander. Die Antwort war ganz anders:*

. . . Es sind (mit Sicherheit!) 3.200 Kästen Bremsbeläge umgepackt worden. Diese Arbeit währte ca. drei Wochen und ist beendet. Alle Gefangenen, die etwas wissen konnten, sind inzwischen abgelöst worden, bis auf die, welche f ü r den Meister arbeiten. An weiteren Ursprungsmarken, das heißt Marken, in denen die Bremsbeläge angekommen sind – und das nach einigermaßen gesicherten Erkenntnissen – wären: Citroen, Ate und eine italienische Marke zu nennen – allen gemeinsam ist, daß sie in die JURID-Schachteln verpackt wurden. . .

*Ein Satz? In DREITAUSENDZWEIHUNDERT Kisten? Irgendjemand braucht Nachhilfe im Rechnen. Wir fragten die Staatsanwaltschaft. Die zeigte sich ganz interessiert. Das wäre ja jedenfalls strafbare Werbung, § 4 UWG wegen dem „MADE in GERMANY". Auch ohne Verkauf wäre das unlauterer Wettbewerb. Falls es verkauft wird (wir nehmen an, daß JURID die französischen Bremsbeläge nicht für ihr Museum behält) wäre das, so die Staatsanwaltschaft, Betrug: § 263 StGB. Aber das Werben allein wäre schon strafbar. Jedenfalls lernen wir: Sogar unlauterer Wettbewerb ist ein Offizialdelikt, das heißt, die Staatsanwaltschaft müßte da von sich aus vorgehen. Sie kennt den Fall, wir erwarten die weitere Entwicklung.*

*Max Watts/ID*




**Heute vor vier Jahren am 9. Mai 1976, starb Ulrike Meinhof im Stammheimer Knast. "Man kann es SELBST MORD nennen", stand damals im ID. "Man muß es SELBST–MORD NENNEN," ist das Fazit einiger Urteile seither.**

## BOLIVIEN: ANGST VOR MILITÄRPUTSCH

*La Paz, April 1980*

*Nachdem im November letzten Jahres in Bolivien der Militärputsch von General Natusch (extreme Rechte) gescheitert war, spitzt sich die Situation dort wieder zu; die Gefahr eines neuen Putsches des rechtsradikalen Teils der Armee stellt sich wieder.*

*Das Folgende sind Auszüge aus den Lateinamerika-Nachrichten Nr.81 vom Mai'80, herausgegeben von den Chile-Nachrichten in Westberlin.*

Im Schatten der Krise in Mittelamerika, der Erschießung des Erzbischofs von El Salvador, die die Weltöffentlichkeit bestürzte, geschah in dem "kleinen" südamerikanischen Land Bolivien ein ähnlicher Mord – nur wesentlich brutaler. Das Opfer war der Jesuitenpater Luis Espinal, dessen Verdienste am Demokratisierungsprozeß und am bolivianischen Volk enorm sind.

Luis Espinal war am Hungerstreik beteiligt, der letztendlich zum Sturz der Banzer-Diktatur geführt hatte, Mitglied der "Ständigen Kommission für Menschenrechte", Herausgeber der einzigen fortschrittlichen Wochenzeitschrift, "Aqui" Journalist, engagierter Filmkritiker, Initiator des "Taller de Cine" in La Paz... die Aufzählung ließe sich noch um vieles erweitern. Unumstritten war er einer der führenden Köpfe der fortschrittlichen Bewegung des Landes, die nun um einen großen Vorkämpfer trauert. Aus seinem Namen wurde blitzartig ein Kampfsymbol: "Luis – Pueblo" oder "Espinal – Chamorro"

Am 21.März um Mitternacht wurde Luis Espinal vor seiner Haustür an einen bis heute unbekannten Ort verschleppt.

Die Autopsie ergab, daß er zwischen vier und fünf Uhr morgens an Verblutung starb, nachdem er gefoltert worden war und ihm verschiedene Knochen gebrochen worden waren. Seine Leiche wies außerdem 12 nicht tödliche Schüsse auf. Alle inneren Organe, mit Ausnahme des Herzens, waren zerstört. Daß er nicht als Folge der Schüsse starb, zeigt die Absicht seiner Henker: sollten sie jemals gefaßt werden, haben alle die Scheinausrede, nicht die tödlichen Schüsse abgegeben und ihn so letztlich nicht getötet zu haben.

Seine Leiche, sie war noch gefesselt und geknebelt, fand man einige Stunden später auf einer abgelegenen Straße außerhalb von La Paz. Ein Verbrechen in typisch paramilitärischem Stil, das den sowieso schon nur mühsam vorankommenden Demokratisierungsprozeß in eine neue schwere Krise stürzt. Das gesamte politische Leben scheint seither aus den Fugen geraten. Schwerwiegende Folgen sind absehbar – aber welche Seite wird daraus gestärkt hervorgehen? Kommt es erneut zu einem, diesmal aber gut organisierten Militärputsch, oder hat nun endlich die Stunde der Einigung aller Demokraten geschlagen? Die Nachrichten, die uns erreichten, sprechen für beides.



*Der Jesuitenpater Luis Espinal (rechts) während des Hungerstreiks*

### "Argentinisierung" in Bolivien ?

Einig sind sich alle darin, daß der Mord eine neue Etappe im nationalen politischen Kampf eingeleitet hat. Die Angst vor einer sich anbahnenden "Argentinisierung" macht sich breit. Parallelen zur Entwicklung in Argentinien vor dem Putsch von 1976 gibt es einige. Ähnlich wie in der Regierungszeit von Isabel Peron gibt es auch in Bolivien eine schwarze Liste, auf der die Namen all derjenigen stehen, die sich für die Demokratie und somit für mehr Gerechtigkeit für das Volk einsetzen. Informellen Angaben zufolge sollen in der nächsten Zeit mindestens 300 führende Köpfe rollen im Verfahren ähnlich brutal wie die Ermordung von Luis Espinal. Die Drohungen erstrecken sich auf alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen: Priester, Führer der Fabrik- und Minenarbeiter, Bauern, Journalisten, Gewerkschafts- und Parteimitglieder.

Die Militärs, die sich - vereinfacht gesagt - in ein gemäßigtes und ein rechtsradikales Lager teilen, schauen nicht teilnahmslos zu. Momentan scheint es so, als hätte der rechte Flügel einen der ihrigen im Personalgerangel durchgeboxt. General Ruben Rocha Patino, der nach dem Putsch von Natusch als Kompromißfigur der beiden Lager Kommandeur der Armee wurde, ist inzwischen auf Druck der mächtigen Garnison von La Paz seines Amtes enthoben worden. An seine Stelle trat der General Luis Garcia Meza, dessen Putschgelüste längst kein Geheimnis mehr sind. Der Interimspräsidentin Lidia Gueiler blieb nichts anderes übrig, als dieser Neubesetzung zuzustimmen, steht doch ihre Macht auf tönernen Füßen. Ihr Verdienst liegt höchstens noch darin, den Putsch zu verzögern, in der Hoffnung, daß sich neue Konstellationen im Militärapparat und in den Parteibündnissen anbahnen.

Der neue Kommandeur der Armee ist auch enger Vertrauter des Coronel Luis Arze, der als geistiger Urheber der Terrorakte und des Espinal-Mordes gilt. Des Coronels letzter Auftritt fand vor kurzem im Innenministerium statt: er ohrfeigte den Innenminister Selum , ließ zwei Militär-LKWs mit dem gesamten Archiv, den Unterlagen über alle linken Politiker, die in den letzten Jahren registriert worden waren, aufladen.

Unklar bleibt dennoch, wie sich die gespannte Situatioen entkrampfen kann, die wieder neuen Zündstoff erhalten hat durch die Enthüllungen des Politikers und Rechtsanwalts Anibal Aguilar. Auf ihn wurde vor einigen Tagen ein Attentat verübt, dem er durch einen Wink entkommen konnte. Verschiedene Radiosender übertrugen ein Gespräch mit ihm unter dem Titel "Interview mit einem zum Tode Verurteilten", in dem er Namen und Daten über die letzten Terroranschläge und den Mord an Luis Espinal nennt. Seine Anschuldigungen treffen in erster Linie den Chef des II. Departments der Armee-Führung, Coronel Luis Arze.

In der rechten Tageszeitung"Diario" kam am folgenden Tag der Aufschrei der Streitkräfte und Beschuldigten, die alles als unwahr abtaten. Die liberale Tageszeitung"Presencia" dagegen brachte kein Wort über das Interview, wohl weil sie sich der tödlichen Gefahr bewußt war und kein weiteres Öl in Feuer gießen wollte.

1) Bereits Mitte Januar wurde auf "Aqui" ein Bombenanschlag verübt, wobei die Einrichtungen und umliegenden Wohnungen zerstört wurden.
2) Pedro Jaoquim Chamorro, am 10.Januar 1978 ermordeter Politiker und Zeitungsverleger Nicaraguas. Nach seiner Ermordung entfaltete sich der Kampf gegen Somoza, der zum Sieg der FSLN geführt hat.
3) Wenige Stunden bevor Luis Espinal tot aufgefunden wurde, ist Innenminister Selum von seinem Amt zurückgetreten.

*Aus einem Brief aus La Paz:*

*"Überall nur noch Angst. Angst vor neuem Blutvergießen, Morden usw. Auch weil man das Gefühl hat, daß ein jetziger Putsch (Banzer und Luis Arze) "anders" organisiert sein wird als der November- Putsch. Zuvor sollen die Köpfe der Arbeiter-, Campesino-, Minerоführer, von Leuten aus den Gewerkschaften, Parteien, der Presse und aus anderen engagierten Organisationen rollen, um den Widerstand beim Putsch selbst von vorneherein zu unterbinden..."*




## . . . DEN DEUTSCHEN BEHÖRDEN VERSCHWEIGEN

**Mehr Briefe aus einer besetzen Botschaft**

*Teheran, April 80*

*In Teheran veröffentlichten die Botschaftsbesetzer kürzlich Dokumente aus der besetzen amerikanischen Botschaft, in denen die Zusammenarbeit von Botschaftsangehörigen mit einem Geldfälscherring belegt ist.*

*Es gibt zwei mögliche Interpretationen: die eine besagt, daß die amerikanischen Behörden in Erwägung zogen, nach dem Sturz des Schahs im Iran eine Inflation auszulösen. Eine Milliarde gefälschter US-Dollars, Deutscher Mark und anderer ausländischer Währungen sollten dazu gute Dienste leisten.*

*Ähnliches war auch gegen Ende des zweiten Weltkrieges von den Deutschen geplant und teilweise ausgeführt worden: indem englische Pfundnoten in Millionenhöhe nachgedruckt und verbreitet worden sollten. Dies ist ein Mittel, um die ökonomischen Grundlagen eines Staates auszuhöhlen und den Sturz zu beschleunigen.*

*Die andere Interpretation sagt schlicht, daß die US-Behörden Kenntnis (und zwar recht intime Kenntnis) von der Gelddruckerei hatten, und da sich sämtliche Staaten darauf ein heiliges Monopol eingerichtet haben, ist es natürlich rechts-staatliche Ehrensache, sich auch international schleunigst gegenseitig zu unterrichten, wenn Menschen wie du und ich oder Kazemlan ebenfalls anfangen, Geld zu drucken. Die US–Behörden unterließen dies geflissentlich im Fall der neuen iranischen Regierung, machten sich also zu Komplizen der Geldfälscher, während sie die westdeutsche Regierung immerhin übers Falschgeld informierten (allerdings nicht über die – für die USA selbst peinliche – Quelle).*

*Welche Interpretation ist richtig, was steckt hinter der ganzen Affaire? Mindestens so viel scheint festzustehen: von der guten Kinderstube internationaler Gepflogenheiten, die die US-Regierung vom Schah-losen Iran einklagt, ist sie selbst meilen- und milliardenweit entfernt.*

*1.Dokument:*
25.September 79
von US-Botschaft Teheran an Außenminister, Washington, D.C.

– DRINGEND –

Gegenstand: Information betreffend Ring von Banknotenfälschern.

1. Der ganze Text ist geheim.

Rasoul Kazemlan hat das Sicherheitsbüro am 20.September 79 kontaktiert. Er sagt, er habe Informationen betreffend einer internationalen Gang, die gefälschte Dollars druckt. Kazemlan, der zweimal interviewt wurde, gab die nachfolgenden genauen Informationen:

3. (. . . ) Es gibt eine internationale Organisation, die gefälschte Dollars und **Deutsche Mark** in den Iran und andere

Mittelostländer hineinschmuggelt. Das Papier für diese Noten kommt aus Paris, die Banknoten selbst sind in Istanbul gedruckt. (. . .)

Eine zweite Sendung, ungefähr eine Million US-Dollar, wird Teheran höchstwahrscheinlich in der ersten Oktoberwoche erreichen. (. . .)

Unsere Quelle fügte hinzu, daß man es mit dem Import dieser Noten eilig hat, da jetzt die Haj-Pilger zurückkommen. (. . .)

5. (. . .) Die Noten wurden in den Iran nicht von ihnen (den Organisatoren, d.Red.) persönlich gebracht, sondern von anderen. Er (die Quelle, d.Red.) glaubt, daß die meisten Noten in Lastwagen hineingebracht wurden . (. . .)

Die Quelle sagt, daß ausländische Jugendliche benutzt wurden, um das Geld außer Landes zu bringen.

Erklärung: Zur Zeit ist im Iran ein guter Markt für gefälschte Noten, da viele Iraner darüber frustriert sind, daß sie ihr Geld nicht außer Landes bringen können. (. . . )

6. Unsere Quelle behauptet, daß er nicht akzeptiert hat, in den Ring einzutreten. Aber er wünscht einzutreten, falls das regionale Sicherheitsbüro dies gutheißt und irgendwelcher Intelligence (Spionage, d.Red.) dadurch Vorteile entstehen würden. (. . .)

Das regionale Sicherheitsbüro schlug ihm vor, auf weitere Anweisungen zu warten.

7. Am 25. September (79) hat die Quelle das regionale Sicherheitsbüro kontaktiert und es wurde ihr gesagt, daß Shevki und zwei andere unidentifizierte Männer Teheran in Richtung Deutschland per Autobus verlassen. (. . .)

8. Die fraglichen Banknoten wurden zum Untersuchungszentrum des Sicherheitsbüros (in Paris, d.Red.) geschickt und untersucht. (. . .)

9. Diese Information ist zur Einschätzung der Wichtigkeit an den US-Secret-Service gerichtet. *(Anmerkung: Der Secret-Service ist eine Abteilung des amerikanischen Finanzministeriums, der sich mit Fragen des Falschgeldes sowie der Sicherheit des Präsidenten beschäftigt. Die eigentlichen Geheimdienste tauchen in der amerikanischen Tradition selten auf und sind erst während und nach dem zweiten Weltkrieg groß geworden, M.W.).*

Der Secret-Service in Paris kann möglicherweise wertvolle Untersuchungen über die Fahrt der oben erwähnten Personen nach Deutschland durchführen. (. . .)

Unterschrift Laingen
(Stellvertretender Botschafter)

*2. Dokument:*

Nr. 55 28 14 — 12.Oktober 1979

von US-Botschaft Paris an die US-Botschaft in Teheran

– GEHEIM –

(. . .) Ähnliche gefälschte fünfzig- und hundert-Dollarnoten wie in Ihrem Telex beschrieben (. . .) wurden zuerst in Damaskus im Juli 77 entdeckt. (. . .)

3. Seitdem hat die Quantität solcher Noten, die in Mittelost zirkulieren, enorm zugenommen.

4. Im März 78 wurde eine Druckerei, die Meisterkopien für Dollars und Schweizer Franken gedruckt hat, in Istanbuls Eskuzar-Viertel entdeckt. Ipec, der Chef der Druckerei, wurde verhaftet. (. . .)

5. In dem Verhör hat Ipec gestanden, das Falschgeld gedruckt zu haben und sagte, daß er eine Million US-Dollar nach Syrien geschickt habe, von wo aus sie über die ganze Welt verteilt werden sollten.

6. Es ist nicht festgestellt, ob alle Negative und Druckplatten eingezogen wurden. Die Druckereiarbeiten gehen wahrscheinlich noch weiter. Die Noten, von denen Kazemlan gesprochen hat, können die noch nicht gefundenen Restteile der einen Million US-Dollar, die Ipec erwähnt hat, sein. (. . .)

8. Betreffend der Frage, ob Kazemlan bei den Geldfälscheroperationen mitmacht, schlägt der US-Secret-Service in Paris vor, daß er nicht daran teilnimmt. Sollte er von den Lokalbehörden verhaftet werden, kann der Secret-Service ihm keine Hilfe anbieten.

9. Soll dies notwendig sein, ist der Secret-Service bereit, Kazemlan die Reisekosten für ein Treffen außerhalb Irans zu zahlen.

Hartmann

*3. Dokument:*

– GEHEIM –

1066 Teheran

Datum Oktober (7. oder 17.) 79

Bericht von: Holland (Name, d.Red.), regionales Sicherheitsbüro

Betrifft: Teherans's Ref. R. 10 767

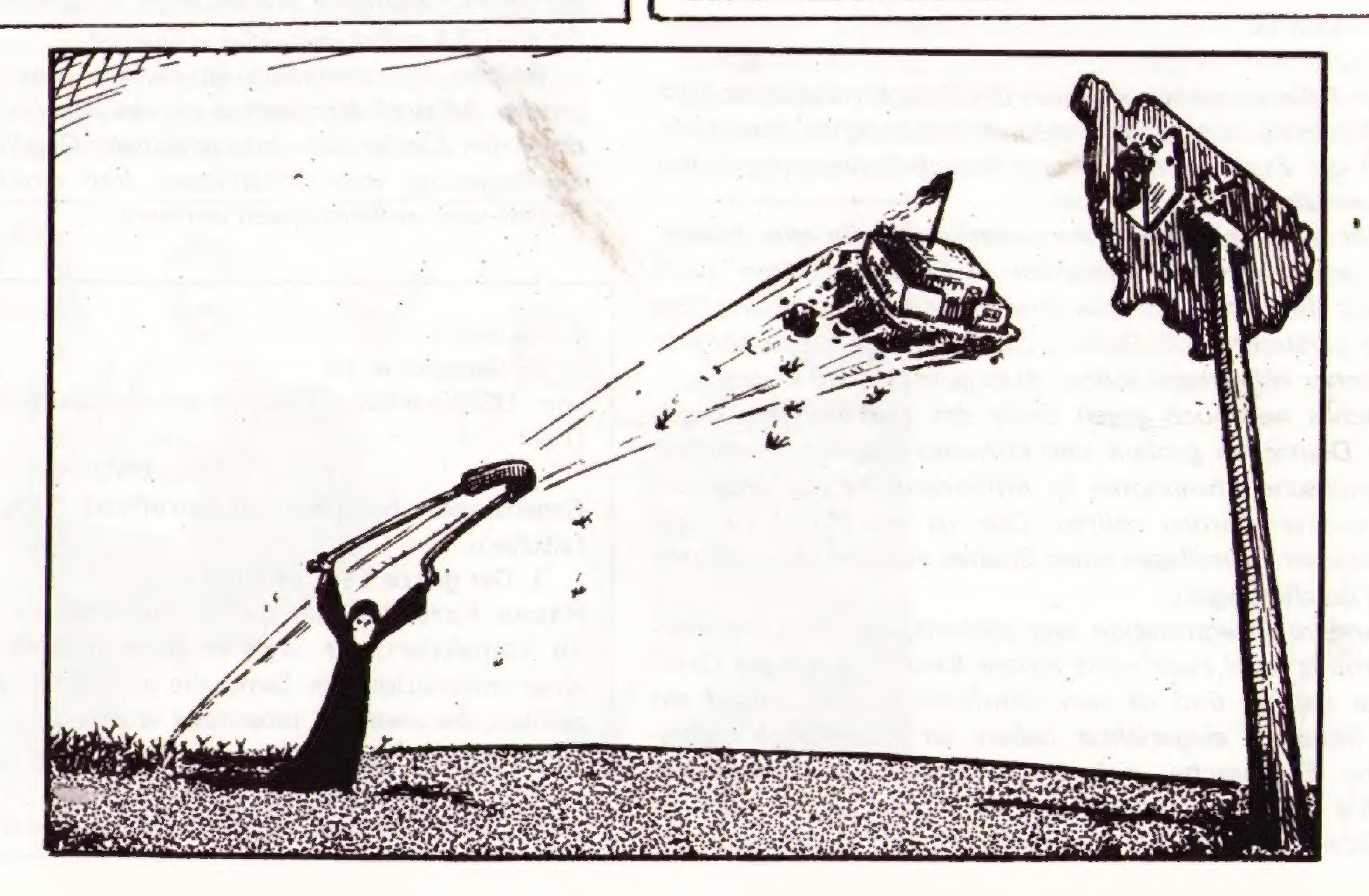
nach Paris 35 L 32 von US-Botschaft in Teheran

zur US-Botschaft Paris

– Dringend – 0407 –

Gegenstand: Ring von Banknotenfälschern

Quelle: Rasoul Kazemlan





1. So wie am 15. Oktober 799 erwähnt, fragte ich Kazemlan, ob er ein Treffen mit dem US-Secret-Service im Ausland haben will oder nicht. Er akzeptiert ein Treffen, aber er hat Zweifel, es in der Türkei abzuhalten. Er glaubt, daß der vorhin erwähnte Falschgeld-Ring gute Beziehungen zu der türkischen Polizei hat und daß sie höchstwahrscheinlich seine Mitarbeit bei der amerikanischen Regierung entdecken würden.

Kazemlan sagt, er ist bereit, Ihre Agenten (die des Secret-Service, d.Red.) an jedem anderen Ort, den Sie wünschen, auf Kosten des US-Secret-Service zu sehen. (. . .)

2. (. . . ) Er (Kazemlan, d.Red.) glaubt, daß er die Aufgabe, die vorher erwähnt war, durchführen kann. Wenn man in Betracht zieht, daß er den Zeitpunkt dafür nach der Ankunft der zweiten Sendung der Dollar gesetzt hat (die Quelle ist informiert worden, daß die Qualität dieser Sendung besser ist als die vorherigen), erklärt er: er möchte zum Treffen den Agenten Muster der gefälschten Noten mitbringen.

Erklärung: Das regionale Sicherheitsbüro glaubt, daß seine (Kazemlans, d.Red.) Mitarbeit in der Falschgeldoperation größer ist, als er uns gegenüber behauptet. (. . .)

Es ist höchstwahrscheinlich, daß die Quelle unabhängig vom Fälscherring arbeitet.

4. In einem Treffen vor kurzem übergab Kazemlan die folgenden Stücke:

a) eine gefälschte 10.000 Rial-Note im Wert von fast 100 US-Dollar im Tageskurs

**b) eine gefälschte Hundertmark-(DM)-Note, Seriennummer 12 086 360**

*Anmerkung: Entweder ist diese Seriennummer im Laufe der Übersetzungen verstümmelt worden oder die DM-Fälscher sind wirkliche Stümper. Auf den sehr wenigen Hundermark--Banknoten, die wir in der ID-Redaktion auftreiben konnten, sind Seriennummer immer: zwei Buchstaben – sieben Zahlen – ein Buchstabe – gewesen. M.W.)*

Der US-Secret-Service wünscht, die 100 DM-Note den deutschen Verbindungsstellen zu geben. In diesem Fall werden wir die Note direkt dem US-Secret-Service in Paris geben.

**Achtung: Wir wollen nicht, daß die Identität der informierten Quelle Kazemlan den Deutschen bekanntwird. In diesem Fall würden sie höchstwahrscheinlich in Teheran nachforschen und unsere Verbindungen identifizieren.**

Daten und Adressat fehlen
von US-Botschaft Teheran

(. . .) Das Falschgeld wird in Autobussen, die zwischen Teheran und Istanbul fahren und die der Istanbul Darya-Tourist gehören, geschmuggelt.

E. Eine halbe Million US-Dollar gefälschter Banknoten kamen seit dem 3.Oktober (79) in Teheran an.

Weiterhin sind ungefähr der Wert von 1 Billion (eine Milliarde, d.Red.) in anderen Währungen, inbegriffen Westdeutsche Mark, iranische Rials und Saudiarabische Währung, angekommen.

Wir haben Muster von Rials und DM bekommen, aber die Quelle sagt, daß, da die Dollars ausverkauft waren, er davon keine Muster bekommen konnte.

Die Dollar-Noten wurden am selben Tag an Leute, die den Iran verließen, verkauft.

(. . .) Laingen

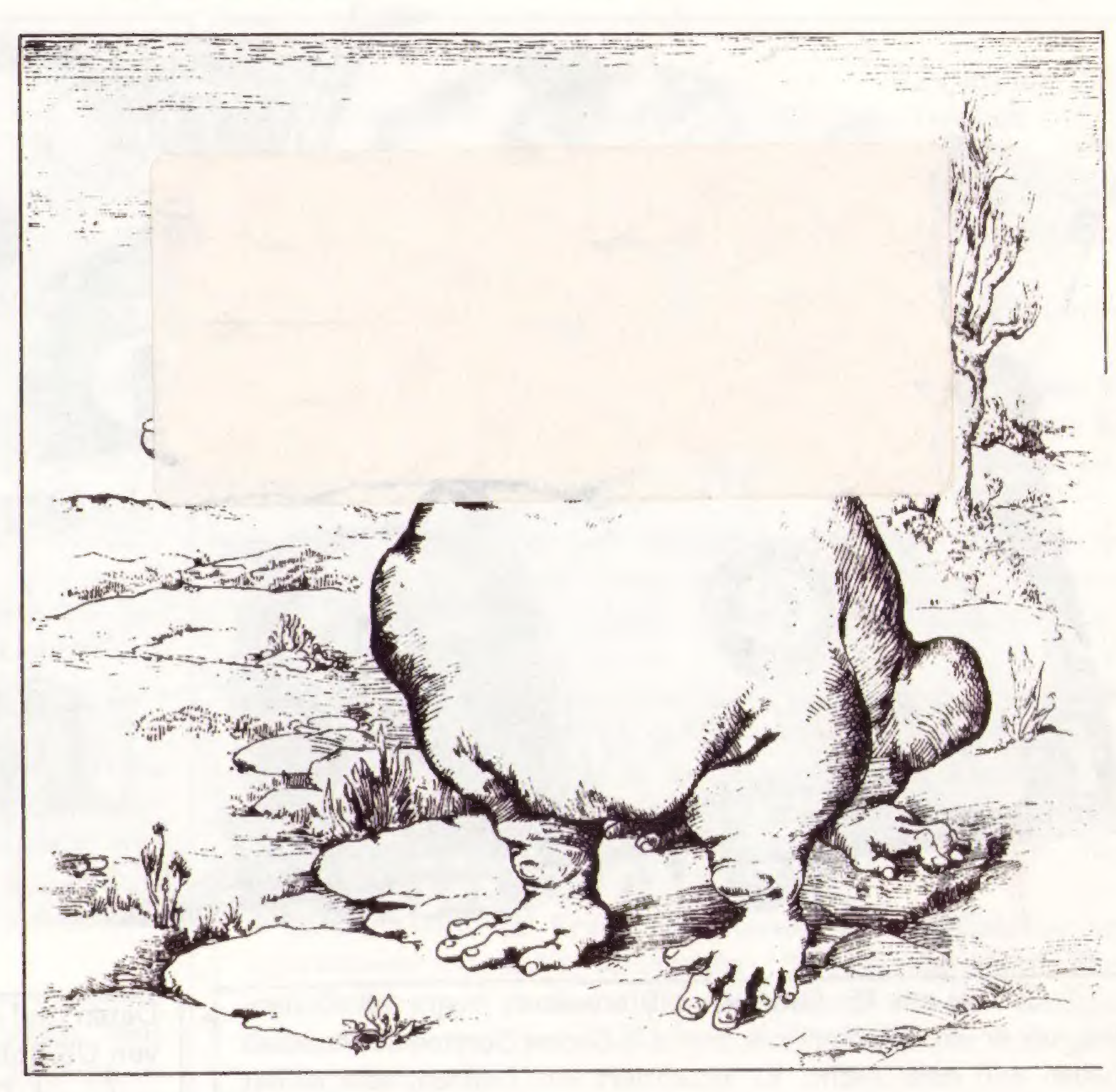
*Kommtar: In erster Hinsicht machten sowohl der US-Botschaftsvertreter Laingen, als auch seine Mitarbeiter, Geheimdienstsicherheitsoffizier Holland und Quelle Kazemlan ihre „normale" Arbeit. Sie informierten sich über Operationen eines Falschgeldringes, unterrichteten den US-Secret-Service in Paris und wären unter Umständen bereit, Muster der DM-Blüten an die Deutschen Behörden weiterzuleiten. Seltsamerweise ist aber ihre Zusammenarbeit mit den eigentlich geschädigten, der iranischen Regierung nirgendwo erwähnt. Schließlich schien ihre sehr wertvolle „Quelle" nicht ganz unbeteiligt an dem Blütennetzwerk zu sein.*

*Max Watts/ID*

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
**D 1870 C**
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 333 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.





## INHALTSVERZEICHNIS





**HERAUSGEBER:**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96



**ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:**

| | |
|---|---|
| **Vierteljahr (12 Hefte) :** | **30.– DM** |
| **Halbjahr (24 Hefte) :** | **60.– DM** |
| **Jahresabo (48 Hefte) :** | **120.– DM** |

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!